Institut für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft

# Jahresbericht 2014

# *Inhalt*


Die Kulturpolitische Gesellschaft und ihr Institut für Kulturpolitik (IfK) im Jahre 2014 ..... 3

Plädoyer für mehr anwendungsbezogene Kulturpolitik-Forschung ..... 4

Förderstrukturen der Freien Darstellende Künste in Deutschland ..... 7

Übersicht: Projekte und Expertisen des Instituts für Kulturpolitik 2014 ..... 8

Achter Kulturpolitischer Bundeskongress: »Kultur.Macht.Einheit?« ..... 9

Jahrbuch für Kulturpolitik 2014: Neue Kulturförderung ..... 10

Das Kulturpolitische Informationssystem (kis) ..... 11

Das Kuratorium des IfK ..... 11

Kommunale Kulturpolitik meets Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik ..... 12

Inklusive kulturelle Bildung und Kulturarbeit ..... 12

Das Internetportal »Europa fördert Kultur« ..... 13

Konzeptförderung Soziokultureller Zentren in NRW ..... 14

»Kultur besser fördern« – 25 Jahre Projektförderung des Fonds Soziokultur ..... 14

Handbuch Soziokultur ..... 15

Kulturbericht Niedersachsen 2013/2014 ..... 15

Förderpotenziale für die kulturelle Infrastruktur sowie für kulturelle Aktivitäten in ländlichen Räumen ..... 16

Compendium Cultural Policies and Trends in Europe – Länderportrait Deutschland ..... 17

Stadtteilkulturarbeit in Hannover ..... 17

Entwicklungskonzept Soziokultur für die Stadt Braunschweig ..... 18

Kulturelle Transformation in Thüringer Modellregionen ..... 19

Art but fair ..... 20

MitarbeiterInnen des Instituts für Kulturpolitik ..... 21

Publikationen von MitarbeiterInnen des Instituts für Kulturpolitik 2014 ..... 22

Vorträge von MitarbeiterInnen des Instituts für Kulturpolitik 2014 ..... 22

Publikationen des Instituts für Kulturpolitik und der Kulturpolitischen Gesellschaft e.V. 2014 ..... 23

Tagungen und Veranstaltungen 2014 ..... 23

Impressum ..... 3

# *Das Institut für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft – Rückblick auf das Jahr 2014*

**I.**

Das Institut für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft ist im Jahr 1996 gegründet worden. Im kommenden Jahr feiert es seinen 20. Geburtstag. Seine Kernaufgaben sind seit dieser Zeit der »Kulturpolitische Bundeskongress«, das »Jahrbuch für Kulturpolitik« und das »Kulturpolitische Informationssystem«. Gedacht war es aber von Beginn an auch als Basis für weitere Projekte der Kulturpolitischen Gesellschaft, um ihre Verbandsaufgaben durch wissenschaftliche Arbeiten qualifizieren zu können und dem Thema »Kulturpolitikforschung« in Deutschland mehr Aufmerksamkeit im politischen Raum und in der Öffentlichkeit zu verschaffen. Entstanden in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre war die Gründung des Instituts eine logische Konsequenz aus der Kulturpolitikentwicklung in der damaligen Zeit, die vor allem den Bund als kulturpolitischen Akteur auf den Plan rief, der (genauer: der/die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien – BKM) seitdem auch die Basisfinanzierung für das Institut übernimmt. Eine entwickelte Kulturpolitik, die diesen Namen verdient, braucht Kulturpolitikforschung. Forschung gehört gewissermaßen zur unterstützenden Infrastruktur eines jeden Politikfeldes. Darauf habe ich anlässlich einer Konferenz zum Thema »Kultur und Medien: Mit Forschung im Gespräch« am 16. September 2014 im Haus der Geschichte in Bonn hingewiesen und einige Überlegungen zur Begründung von anwendungsbezogener Kulturpolitikforschung formuliert, die auch für das Institut für Kulturpolitik leitend sind (siehe dazu den Beitrag auf S. 4 in diesem Bericht).

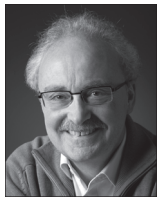
Inzwischen ist die Notwendigkeit für mehr Kulturpolitikforschung auch auf Bundesebene anerkannt. So heißt es etwa im Koalitionsvertrag der Bundesregierungsparteien aus dem Jahr 2013: »Der Analyse, dem Austausch und der Reflexion dienen eine verstärkte Kulturpolitikforschung und eine gegebenenfalls gesetzlich zu sichernde Kulturstatistik. Dazu gehört auch die Weiterentwicklung einer qualifizierten Besucherforschung, die wertvolle Rückmeldungen zu künstlerischen Angeboten gibt.« Noch sind dazu seitens der BKM (bis auf eine Intensivierung der Provinienzforschung und einige kleinere Projektförderungen) keine systematischen Initiativen bekannt geworden. Aber was nicht ist, kann ja noch werden. Ideen seitens der Kulturpolitischen Gesellschaft gibt es dazu jedenfalls. Allein die Fülle der Kulturentwicklungskonzepte auf kommunaler und Landesebene macht deutlich, wie notwendig wissenschaftliche Erkenntnisse und konkrete Forschungen auch im Kulturbereich inzwischen sind, um den kulturpolitischen Herausforderungen zu begegnen. Dafür bedarf es einer systematischeren Kultur- und Kulturpolitikforschung, die nicht allein auf einzelne Auftragsprojekte und -studien verwiesen ist, sondern mit größerer Intensität und Kontinuität zu Werke gehen kann, um wirklich solide und nachhaltig nützliche Erkenntnisse zu liefern. Das Institut für Kulturpolitik könnte eine Basis dafür werden.

**II.**

Im Berichtszeitraum 2014 wurde vom *IfK* – unabhängig von den Kernaufgaben des Instituts – an 14 Projekten gearbeitet. An einigen Themen und Projekten aus den vergangenen Jahren wurde weitergearbeitet, andere wurden neu aufgenommen. So hat das Institut etwa das große Projekt zur Erstellung von Kulturkonzeptionen für zwei Modellregionen im Land Thüringen im Auftrag der Landkreise Hildburghausen/Sonneberg sowie der Landkreise Nordhausen/Kyffhäuserkreis im Jahr 2014 fortgeführt und im April 2015 abgeschlossen (siehe dazu den Bericht von Patrick S. Föhl in diesem Bericht). Für die BKM wurden die Potenziale der ländlichen Kulturarbeit angesichts der Folgen des demografischen Wandel in Augenschein genommen (s. dazu den Bericht von Christine Wingert und Franz Kröger). Im Auftrag des Bundesverbands der Freien Theater wurde mit einer Untersuchung der Förderung dieser kulturellen Akteure begonnen. Die Konzeptförderung Soziokultureller Zentren durch das Land Nordrhein-Westfalen wurde erneut vom IfK betreut und auch die Beschreibung der deutschen Kulturpolitik im »Compendium Cultural Policies and Trends in Europe« wurde kontinuierlich weitergeführt und aktualisiert.

Schwerpunkte der Arbeit waren im Jahr 2014 die inhaltliche und organisatorische Vorbereitung des 8. Kulturpolitischen Bundeskongresses »Kultur.Macht. Einheit? Kulturpolitik als Transformationspolitik« im Juni 2015 sowie die Erstellung des Jahrbuchs für Kulturpolitik 2014 zum Thema »Neue Kulturförderung«. Damit liegen nunmehr drei Jahrbücher (2012: »Neue Kulturpolitik der Länder«; 2013: »Kultur und Planung«; 2014: »Neue Kulturförderung«) vor, die eine Entwicklung zum Thema machen, die sich weg von einer eher »additiven« Wachstumsstrategie der Kulturpolitik hin zu planvolleren Konzepten kulturpolitischen Handelns vollzieht, welche die finanziellen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen dieses Politikfeldes stärker in den Blick nehmen. Entstanden ist auf diese Weise ein Kompendium, das wieder einmal sehr aktuelle Entwicklungsprozesse der Kulturpolitik beschreibt und zum Thema des kulturpolitischen Diskurses macht.

*Norbert Sievers*



Dr. Norbert Sievers


## Impressum

Institut für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft e.V. (IfK)
Weberstraße 59a, 53113 Bonn
Tel.: 0228/201 67-0 | Fax: 0228/201 67-33
ifk@kupoge.de | www.kupoge.de/ifk

Leitung: Dr. Norbert Sievers

Vorsitzender des Kuratoriums des IfK: Prof. Dr. Olaf Schwencke

Präsident der Kulturpolitischen Gesellschaft e.V.: Prof. Dr. Oliver Scheytt

Die deutsche Kulturpolitik braucht eine verstärkte Kulturpolitikforschung. Dieser Auftrag ist im Koalitionsvertrag der Bundesregierungsparteien formuliert. Konkret heißt es darin: »Der Analyse, dem Austausch und der Reflexion dienen eine verstärkte Kulturpolitikforschung und eine gegebenenfalls gesetzlich zu sichernde Kulturstatistik. Dazu gehört auch die Weiterentwicklung einer qualifizierten Besucherforschung, die wertvolle Rückmeldungen zu künstlerischen Angeboten gibt.«[2]

# *Wann, wenn nicht jetzt? Plädoyer für mehr anwendungsbezogene Kulturpolitikforschung*[1]

Im Folgenden wird kurz erläutert, welche Gründe es für das neue Interesse an Kultur*politik*forschung gibt und was eine anwendungsbezogene Kultur*politik*forschung sein könnte. Abschließend werden einige Voraussetzungen formuliert, die für ihre Umsetzung notwendig wären. Die Überlegungen stehen im Kontext der Arbeit der Kulturpolitischen Gesellschaft und der Weiterentwicklung ihres Instituts für Kulturpolitik und sind demzufolge auf den Gegenstandsbereich der Kulturpolitik fokussiert.

**Warum ist mehr anwendungsbezogene Kultur*politik*forschung notwendig?**

Jeder Politikbereich braucht Forschung und dies umso mehr, je mehr politische Maßnahmen und Programme von ihm ausgehen. Für die Kulturpolitik gilt dies derzeit insbesondere,

- weil Kulturpolitik in den letzten Jahrzehnten nicht nur quantitativ an Bedeutung gewonnen, sondern auch neue Funktionen bekommen hat,
- weil öffentliche Kulturförderung immer stärker programm- und projektbezogen erfolgt, was die Notwendigkeit einer stärkeren Evaluation und Wirkungskontrolle begründet,
- weil gesellschaftliche Entwicklungen eine inhaltliche Neuausrichtung kultureller Angebote und Konzepte erforderlich machen,
- weil der Zustand der kulturellen Infrastruktur aufgrund baulicher, finanzieller und nachfragebezogener Gründe der Revision und Transformation bedarf,
- weil Kulturpolitik immer stärker in den Entwicklungs- und Diskussionszusammenhang europäischer und internationaler Politik einbezogen ist, was mehr Kenntnisse über diese Kontexte erforderlich macht, und
- weil die Ökonomisierung aller gesellschaftlichen Bereiche zunehmen und die Kultur davon nicht ausgenommen bleiben wird.

Begründung:

**1. Kulturpolitik hat an Bedeutung gewonnen**

Nicht nur die finanziellen Ressourcen und zu bearbeitenden Themen der Kulturpolitik (rechtliche Rahmenbedingungen, öffentlich finanzierte Infrastrukturen und Programme) haben sich enorm vermehrt, sondern auch die ihr zugedachten Aufgaben. Sie ist heute nicht mehr nur zuständig für die Förderung von Kunst und Kultur und für die gesetzlichen Rahmenbedingungen dafür, sondern soll gleichzeitig deren Relevanz als Standort-, Wirtschafts-, Integrations-, Inklusions- und Identitätspolitik, kurz: als Gesellschaftspolitik im Blick haben. Ihre Steuerungsnotwendigkeiten und Funktionen haben sich seit den 1970er Jahren und seit der deutschen Vereinigung vor 25 Jahren vervielfacht, was sich jedoch in den Steuerungsressourcen und -instrumenten nicht abbildet, wozu auch die Unterfütterung kulturpolitischer Entscheidungen durch wissenschaftlich erhobene Daten und Fakten zählt. Die Expansion der Funktionen und erwünschten sekundären Effekte setzt Wissen über gesellschaftliche Zusammenhänge und Kontexte voraus, damit die Anstöße auch wirksam werden können und keine kontraproduktiven Effekte produzieren.

**2. Kulturförderung erfolgt immer stärker programm- und projektbezogen**

Der erweiterte Kulturbegriff, der mindestens seit 30 Jahren der Kulturpolitik zugrunde liegt, korrespondiert nicht nur mit einem erweiterten Kultur*politik*begriff, sondern hat auch einen Moduswechsel oder -wandel der Kulturförderung bewirkt.[3] Kulturförderung ist heute nicht mehr nur am Modell einer eher staatsmäzenatisch ausgerichteten Kulturpolitik orientiert, die fallbezogen Einrichtungen, Kunstwerke oder Künstler fördert. Sie koordiniert ihre Programme vielmehr auch prozess-, kontext- oder strukturbezogen, um gesellschaftliche Wirkungen zu erzielen. Die Förderpolitik der Kulturstiftung des Bundes, aber auch das Programm »Kultur macht stark« sind Beispiele dafür. Wer aber solche Wirkungen erzielen möchte, benötigt ein Sensorium und Instrumentarium dafür, mit dem diese nachgewiesen werden können. Kulturförderung ist als Projekt- und Programmförderung konzeptbasiert und zielorientiert und schon deshalb in hohem Maße nachweispflichtig und evaluationsbedürftig, was wissenschaftlich hoch anspruchsvoll ist.[4]

**3. Der gesellschaftliche Wandel beeinflusst die Kulturpolitik**

Unsere Gesellschaft befindet sich in einem dynamischen Wandel, der für alle Politikbereiche eine Herausforderung darstellt, auch für die Kulturpolitik. Unstrittig ist, dass allein der demografische Wandel, der gelegentlich mit den Kürzeln »weniger, bunter, älter« gekennzeichnet wird, große Auswirkungen auf die kulturelle Infrastruktur und ihre Auslastung hat, was etwa in ostdeutschen Bundesländern und nicht nur dort schon jetzt zu erheblichen Verwerfungen führt. Hinzu kommen die Auswirkungen der Digitalisierung, eine Veränderung der kulturellen Interessen und Milieus, neue Anforderungen durch Integration und Inklusion; all dies bei enger werdenden Finanzspielräumen, wenn erst die Schuldenbremse greift. Selbstverständlich begründen diese Entwicklungen nicht nur Erschwernisse und Probleme, sondern eröffnen auch neue Chancen. Aber eines dürfte klar sein: Die Sachlage wird nicht einfacher und begrün-

det einen neuen Bedarf an interdisziplinärer Kultur*politik*forschung, die die neuen Ausgangslagen zu beschreiben, zu analysieren und ggf. auch Handlungsempfehlungen auszusprechen hätte.[5]

### 4. Die Substanz der kulturellen Infrastruktur ist gefährdet

Deutschland hat eine sehr vielfältige und qualitativ beispielhafte kulturelle Landschaft und ist zu Recht stolz darauf. Doch das infrastrukturelle Erbe ist auch eine Bürde. Ohne der These vom »Kulturinfarkt« das Wort reden zu wollen, ist doch bei nüchterner Betrachtung der Lage festzustellen, dass einige Argumente der Infarktautoren nicht von der Hand zu weisen sind. Es gibt Probleme mit der Finanzierung vieler Einrichtungen. Es gibt Probleme mit ihrer Auslastung und es gilt, die Frage zu stellen, ob manche Einrichtungen konzeptionell noch zeitgemäß sind. Wer sich die deutsche Kulturlandschaft unvoreingenommen ansieht, kann sich des Eindrucks nicht erwehren, dass die kulturelle Infrastruktur sozialstrukturell noch am Leitbild eines kulturtragenden Bildungsbürgertums in der Mitte der Gesellschaft orientiert ist, das es heute so nicht mehr gibt. Die Notwendigkeit der Transformation und Modernisierung liegt auch deshalb auf der Hand. In vielen Fällen stehen aber weder die finanziellen Mittel noch die konzeptionellen Ideen zur Verfügung, um Transformationen zu ermöglichen. Auch dies begründet die Notwendigkeit, mehr angewandte Kultur*politik*forschung und wissenschaftliche Kultur*politik*beratung zu betreiben.[6]

### 5. Neuer Veränderungsdruck durch zunehmende Ökonomisierung

Wer gegenwärtig über Veränderungen in der Kulturpolitik und der kulturellen Landschaft spricht, kommt an diesem Thema nicht vorbei. Wir erleben derzeit eine Ökonomisierung aller Lebensbereiche, die sich durch das transatlantische Handelsabkommen TTiP und ähnliche Bemühungen noch verstärken. Der Kulturbereich wird sich diesem Druck nicht entziehen können. Es wird nicht gelingen, die Kultur, der man doch gerade eine so große wirtschaftliche Potenz zutraut, aus den Verhandlungen vollends auszuklammern. Das wäre unlogisch. Kommt es zu diesen und möglicherweise weiteren Abkommen, werden alle öffentlichen Leistungen, die eine Wettbewerbsverzerrung begründen, auf den Prüfstand kommen. Gelingt es, auch nur für einzelne Kulturbereiche Ausnahmen zu formulieren, gefährdet dies den innergesellschaftlichen kulturpolitischen Konsens – mit der Folge, dass das öffentliche Kulturfördersystem, wenn nicht zur Disposition, so doch zur Diskussion stehen wird. Darin muss man kein Problem sehen. Aber es dürfte doch auch mit Blick auf diese Frage klar sein, dass diese Debatte an Rationalität gewinnt, wenn sie sich auf den Beistand einer ausgewiesenen anwendungsbezogene Kultur*politik*forschung stützten könnte.

### Was ist angewandte Kultur*politik*forschung?

Es gibt einen neuen Bedarf an Wissen und Forschung, um die anstehenden Fragen in der Kulturpolitik systematisch und konzeptbasiert angehen zu können. Dafür stehen die vielen Prozesse der Kulturentwicklungsplanung und Kulturkonzeptentwicklung in den Kommunen und Ländern, die zu beobachten sind.[7] Dafür steht die klare Positionierung der Enquete-Kommission »Kultur in Deutschland« des Deutschen Bundestages für eine wissenschaftlich fundierte Kulturpolitik und dafür steht nicht zuletzt die eingangs zitierte Aussage im Koalitionsvertrag zur Intensivierung der Kulturpolitik- und Publikumsforschung. Aber was ist anwendungsbezogene Kultur*politik*forschung? Dazu einige Bemerkungen.

**Bereiche/Ebenen, Typen und Instrumente der anwendungsbezogenen Kulturpolitikforschung**

| Typen / Ebenen | Situationsanalysen | Wirkungsanalysen | Handlungsforschung |
|---|---|---|---|
| **Kulturarbeit/Kunst** | Bestandsaufnahmen und Recherchen zur Identifizierung und Systematisierung von Programmen, Methoden, Einrichtungen und Formaten kultureller Praxis | Wirkungsanalysen, Rezeptions- und Evaluationsforschung im Feld kultureller Praxis | Maßnahmen zur Qualifizierung, Beratung und Konzeptentwicklung kultureller Praxis |
| **Politik** | Recherchen und Analysen zu Organisationsstrukturen, Förderungsinstrumenten, Programmen und Governance-Strukturen und -verfahren | Wirkungsanalysen und Evaluationen zu kulturpolitischen Förderungsinstrumenten und Entscheidungsstrukturen etc. | Wiss. Politikberatung zu Förderungskonzepten, Kulturentwicklungsplanung etc.; auch: Monitoring im Sinne einer »indikatorengestützten Kulturberichterstattung« |
| **Forschung** | Recherche, Dokumentation und Auswertung von Forschungsarbeiten; ggf. in einer »Kulturpolitikforschungsdatenbank« | Untersuchungen zur Implementierung von Forschungsergebnissen in kulturpolitische Entscheidungsprozesse | Aktive Kooperation und Vernetzung des Wissenstransfers sowie Forschungskoordination und Erfahrungsaustausch der Forschungsakteure; ggf. in einem »Forschungsverbund Kultur« |
| **Aus- und Fortbildung** | Erstellung von Datenbanken und Recherchen/Analysen der bestehenden Angebote sowie Bedarfsanalysen | Evaluationen zur Nützlichkeit des vermittelten Wissens in der Praxis und zur Beschäftigungsrelevanz der Aus- und Fortbildung | Wissenschaftliche Begleitforschung; Ausarbeitung von neuen Inhalten, Methoden und Formaten; Qualifizierung der kommunalen Kulturpolitiker; Fortbildung der Fortbilder; ggf. in einem »Qualifizierungsverbund Kultur« |

Inhaltlich ist eine kontinuierliche und systematische Kultur*politik*forschung nicht nur entlang definierter Themen, sondern auch bezogen auf unterschiedlichen Handlungsebenen vorstellbar und zu orientieren. Dabei können vier Bereiche unterschieden werden:

- das **Praxisfeld** der Kulturarbeit und -vermittlung,
- das **Politikfeld** des öffentlichen Handelns im Kulturbereich,
- das **Forschungsfeld** der kulturwissenschaftlichen Studien und Recherchen und
- das **Qualifizierungsfeld** der Aus- und Fortbildungseinrichtungen für kulturelle Praxisfelder.

Einen Handlungsbedarf gibt es in allen vier Feldern, und zwar als **Situationsanalyse**, als **Wirkungsanalyse** und als **Handlungsforschungsansatz**.

Die obige Matrix ist ein Orientierungsrahmen, der sich inhaltlich durch konkrete Forschungsthemen ausfüllen lässt. Der Fokus liegt dabei deutlich auf dem Anwendungsbezug der Forschung im Feld der Kulturpolitik. Es handelt sich also um eine erweiter-

te Konzeption von Kultur*politik*forschung und -qualifizierung und nicht um Kultur*wissenschafts*forschung im geisteswissenschaftlichen Sinn. Sie sieht ihr Ziel darin, den kulturpolitischen Akteuren auf allen Politikebenen theoriegestützte und systematisch aufbereitete Informationen zur Vorbereitung, Durchführung und Evaluation von kulturpolitischen Entscheidungen und Programmen zur Verfügung zu stellen. Allgemeine gesellschaftliche oder kultursoziologische Themen oder Fragen der Theoriebildung für den Bereich der Kulturpolitik stehen hier nicht im Zentrum, wodurch deren Notwendigkeit selbstverständlich in keiner Weise bestritten werden soll.

**Anforderungen an eine anwendungsbezogene Kultur*politik*forschung**

Die gegenwärtige Situation kulturpolitischer Forschung und kulturwissenschaftlicher Politikberatung ist in Deutschland im Vergleich zu anderen Politikbereichen und zur Situation im europäischen Ausland defizitär. Aufgrund der bekannten Zuständigkeitsprobleme im Kulturbereich von Bund und Ländern und zwischen den Politikressorts sowie eines überkommenen staatsmäzenatischen Verständnisses von öffentlicher Kulturförderung ist in diesem Bereich bisher keine ausreichende Politikfeld unterstützende Forschungsinfrastruktur ausgebildet worden, die Kulturpolitik als Thema politischer Steuerung und Gestaltung in den Blick nehmen würde.

Im Hochschulbereich dominieren entweder eher praxisferne kulturwissenschaftliche Forschungen, die damit nicht diskreditiert werden sollen, oder auf konkrete Aufgaben, Sparten und Institutionen des Kultur- und Medienbereichs und dessen Umfeld bezogene Studiengänge und Institute. Der Bereich der Kulturpolitik im engeren Sinne ist deshalb – von wenigen Ausnahmen abgesehen[8] – kaum Gegenstand theoretischer und empirischer Forschungen im universitären Bereich. Im Unterschied zu nahezu allen anderen Politikfeldern kann sich kulturpolitisches Handeln deshalb nicht auf eine wissenschaftliche Disziplin und damit verbundenen Forschungskapazitäten und institutionelle Strukturen stützen.

Dies gilt für den universitären wie für den außeruniversitären Bereich, dem immerhin wichtige Vorleistungen zu verdanken sind.[9] Aber auch diese Struktur etwa der verbandsbasierten Forschungen und Recherchen war und ist nicht nur fragil, sondern verfügt zur Zeit auch nicht über die infrastrukturellen und personellen Ressourcen, die notwendig sind, um jene Qualität und Kontinuität anwendungsbezogener Kultur*politik*forschung zu gewährleisten, die in Zukunft erforderlich sein wird, um dem entwickelten Forschungs-, Informations- und Qualifizierungsbedarf gerecht werden zu können. Deshalb ist es notwendig, eine neue Infrastruktur der Kultur*politik*forschung in Deutschland aufzubauen.

Welcher Voraussetzungen bedarf es dafür? Ohne Anspruch auf Vollständigkeit können folgende Punkte angeführt werden:

*Kontinuität*

Kultur*politik*forschung ist angewiesen auf eine langfristige, kontinuierliche Arbeitsweise auf einer gesicherten infrastrukturellen Basis. Punktuelle projektbezogenen Maßnahmen sind dafür nicht mehr ausreichend.

*Praxisrelevanz*

Anwendungsbezogene Kultur*politik*forschung braucht den Kontakt zur Praxis und das Feedback der kulturpolitischen Akteure. Dies gilt sowohl für die Formulierung sinnvoller Forschungsfragen als auch für die Erarbeitung von Handlungsempfehlungen.

*Theoriebezug*

Kultur*politik*forschung ist gleichermaßen eine wissenschaftliche Disziplin, die Wert legt auf Theoriebildung und die Qualifizierung des methodischen Instrumentariums. Sie sollte deshalb engen Kontakt zu Einrichtungen halten, die kulturwissenschaftliche Grundlagenforschung betreiben.

*Interdisziplinarität*

Kultur*politik*forschung muss interdisziplinär angelegt sein, um die gesellschaftlichen Entwicklungen auf ihre Bedeutung für die Kulturpolitik hin untersuchen zu können, die für die »Querschnittsaufgabe« Kulturpolitik relevant sind.

*Reflexivität*

Praxisrelevante Kultur*politik*forschung dient der reflexiven Beobachtung der Kulturpolitikentwicklung, indem sie Verfahren der Evaluation und des Monitorings kulturpolitischer Konzepte und Prozesse ausarbeitet und modellhaft entwickelt (z.B. im Sinne einer indikatorengestützten Kulturberichterstattung) und kontinuierlich kulturpolitikrelevante Informationen recherchiert.

*Kooperation und Vermittlung*

Kultur*politik*forschung ist auf Kooperation der Forschungsakteure und auf geeignete Instrumente und Verfahren der Informationsvermittlung angewiesen, um eine bessere Koordination der Forschungsaktivitäten

1 Überarbeitete Fassung des Vortrags »Was ist und zu welchem Zweck brauchen wir anwendungsbezogene Kulturpolitikforschung?« auf der Konferenz »Kultur und Medien: Mit Forschung im Gespräch« der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien am 16. September 2014 im Haus der Geschichte in Bonn.

2 Siehe www.bundesregierung.de/Content/DE/_Anlagen/2013/2013-12-17-koalitionsvetrag.pdf;jsessionid=6CC547977C4AA2B0B1B7B7438AED CA8C.s4t1?__blob=publicationFile&v=2, S. 128

3 Zu dieser Thematik siehe das Jahrbuch für Kulturpolitik 2014 des Instituts für Kulturpolitik zum Thema »Neue Kulturförderung«.

4 Als Beleg dafür können die vielen Evaluationen genannt werden, die im Zusammenhang mit den Programmen zur Förderung der kulturellen Bildung (z.B. »Jedem Kind ein Instrument«, »Kultur macht stark« etc.) erarbeitet worden sind oder erarbeitet werden.

5 Das Ministerium für Wissenschaft und Kultur des Landes Niedersachsen hat deshalb im Jahr 2012 ein sogenanntes »Kulturmonitoring« durchführen lassen, »um richtungsweisende Planungsdaten für die Kulturentwicklungskonzeption und Handlungsempfehlungen für die Kulturpolitik zu bekommen.« (Ministerium für Wissenschaft und Kultur des Landes Niederachsen, Kulturbericht 2013/2014, S. 22)

6 Das Transformationsprogramm, das die Kulturstiftung des Bundes gegenwärtig auflegt, sollte als Chance genutzt werden, die induzierten Veränderungsprozesse auch wissenschaftlich zu begleiten.

7 Siehe dazu Institut für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft (Hrsg.): Jahrbuch für Kulturpolitik 2013, Thema: Kulturpolitik und Planung, Essen/Bonn

8 Zu nennen ist hier z.B. das Institut für Kulturpolitik der Universität Hildesheim.

9 Zu erwähnen ist hier nicht zuletzt das Zentrum für Kulturforschung in St. Augustin und Berlin.

und -ressourcen (z.B. in einem »Forschungsverbund Kultur«) und eine effektivere Verwertung der Ergebnisse in der kulturpolitischen Praxis zu gewährleisten.

*Zugänglichkeit und Nachhaltigkeit*
Anwendungsbezogene Kultur*politik*forschung impliziert die Zugänglichkeit der Forschungsergebnisse (auch: kulturstatistische Daten) und muss dafür die geeigneten Instrumente und Medien (z.B. eine »Forschungsdatenbank Kulturpolitik«) entwickeln. Zugleich ist sie auf Nachhaltigkeit bedacht, indem sie der Dokumentation und Archivierung der Forschungsergebnisse und ihrer Anwendung Beachtung schenkt.

*Unabhängigkeit*
Kultur*politik*forschung sollte unabhängig von wirtschaftlichen Interessen organisiert sein und nicht in direkter staatlicher Regie stattfinden, um dem Primat der Wissenschaftsfreiheit auch in diesem Bereich Geltung zu verschaffen.

**Schlussbemerkung**
Wir befinden uns gegenwärtig in einem Veränderungsprozess der Kulturpolitik, und es kommt darauf an, ihn zu gestalten. Mehr Kultur*politik*forschung ist dafür unerlässlich. Aufgrund der Versäumnisse der Vergangenheit brauchen wir einen Prozess der nachholenden Institutionalisierung und Stabilisierung einer Politikfeld unterstützenden Forschungsinfrastruktur, wie sie in anderen Politikbereichen selbstverständlich ist. Angesichts der großen Herausforderungen, vor denen Kulturpolitik auf allen politischen Gestaltungsebenen steht, könnte dieses Bemühen auch als Strategie der aktiven Professionalisierung und wissensbasierten Qualifizierung der Kulturpolitik verstanden werden. Die Bundesregierung ist dafür der richtige Akteur, weil Kulturpolitikforschung eindeutig von gesamtstaatlichem Interesse ist.

Diese Erkenntnis ist nicht neu. Bereits Ende der 1980er Jahre gab es eine Einladung zu Gesprächen des Bundes (damals war es die Kulturabteilung des BMI) an einige auf diesem Gebiet tätige Institute – darunter auch die Kulturpolitische Gesellschaft – um zu erfahren, »mit welcher Zielsetzung Kulturforschung zukünftig betrieben werden kann und soll, welche Organisationsformen wünschenswert sind und inwieweit der Bund im Hinblick auf ein gesamtstaatliches Interesse den Ausbau einer leistungsfähigen Kulturforschung unterstützen kann«(Schreiben vom 13. Mai 1988). Ein paar Jahre später wurden die Themen Kulturforschung und -dokumentation im Hauptstadtvertrag verankert, um die Bundesstadt Bonn als Wissenschafts- und Kulturstandort zu profilieren. Seither ist viel Zeit vergangen und wenig geschehen. Es wäre ein großes Verdienst, wenn die Bundeskulturpolitik 25 Jahre später diese Initiative wieder aufgreifen und konsequent verfolgen würde. Nie zuvor gab es dafür bessere Gründe und einen klareren politischen Auftrag. Also: wann, wenn nicht jetzt?

*Norbert Sievers*

Norbert Sievers: »Wann, wenn nicht jetzt? Plädoyer für mehr anwendungsbezogene Kulturpolitikforschung«, in: Kulturpolitische Mitteilungen 147 IV/2014, S. 48–51)

# *Förderstrukturen der Freien Darstellende Künste in Deutschland*

Der Bundesverband der Freien Theater e.V. (BuFT) hat das Institut für Kulturpolitik der Kulturpoliti-schen Gesellschaft 2014 beauftragt, das Forschungsprojekt »Das Fördersystem der Freien Darstellende Künste in Deutschland. Kommunen – Länder – Bund« zu realisieren. Gefördert wird das Projekt von der Bundesbeauftragten für Kultur und Medien.

In seiner Projektskizze beschreibt der BUFT die Ausgangslage wie folgt: »Die Förderung von Institutionen und Projekten der Freien Darstellende Künste ist in den Kommunen und Ländern unterschiedlich stark ausgeprägt. Dabei ist festzustellen, dass die eingesetzten Instrumente der Förderung auf zum Teil sehr unterschiedlichen Philosophien basieren und demzufolge in den Details stark differieren … Das führt … aber dazu, dass die Instrumente nicht optimal miteinander verzahnt sind und daher Projektentwicklungen nicht ausreichend unterstützen.«

Vor diesem Hintergrund verfolgt das Forschungsvorhaben folgende Ziele:

- Erstellung eines Überblicks über die Förderstrukturen und -instrumente der Kommunen und Bundesländer im Bereich der Freien Darstellende Künste,
- Aufzeigen von »Problematiken und Leerstellen«, aber auch von Good-Practice-Beispielen bei der Förderung der Freien Darstellende Künste,
- Erarbeitung von Handlungsempfehlungen, die zu Verbesserungen der Förderstrukturen für die Freien Darstellende Künste in Deutschland auf allen staatlichen Ebenen (Kommunen – Länder – Bund) beitragen.

Das Gesamtforschungsprojekt besteht aus vier Teilen: In einer Sekundärauswertung werden die in einer Bestandsaufnahme erfassten, existierenden Untersuchungen der Förderung der Freien Darstellende Künste in der Bundesrepublik analysiert, um insbesondere methodische Anregungen für die Entwicklung eines geeigneten Erhebungsinstrumentariums für die Befragung von Kommunen und Bundesländern zu generieren. In einem zweiten Schritt werden zwei Fragebögen erarbeitet und diese auf einem Expertenworkshop mit ausgewählten VertreterInnen von Bundesländern und Kommunen diskutiert. Die Phasen drei und vier – die Durchführung der Befragung der Bundesländer und von 44 Kommunen, deren Auswertung und die Entwicklung von Handlungsempfehlungen - sind für das Jahr 2015 geplant.

*Ulrike Blumenreich*

Ulrike Blumenreich

# *Laufende Aufgaben, Projekte und Expertisen des Instituts für Kulturpolitik 2014*

*1. laufende Aufgaben*

*Jahrbuch für Kulturpolitik 2014 – Thema: »Neue Kulturförderung«*
Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien
⏩ seit 2000 ⏩ Dr. Norbert Sievers, Ulrike Blumenreich, Ralf Brünglinghaus, Jörg Hausmann, Janine Huge, Franz Kröger

*Achter Kulturpolitischer Bundeskongress: »Kultur.Macht.Einheit?«*
Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien
⏩ seit 2000 ⏩ Dr. Norbert Sievers, Franz Kröger

*Kulturpolitisches Informationssystem (kis)*
Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien
⏩ seit 2000 ⏩ Ralf Brünglinghaus, Jörg Hausmann, Franz Kröger, Ulrike Blumenreich

*2. Projekte und Expertisen*

*Inklusive Kulturelle Bildung und Kulturarbeit*
Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien
⏩ 1/2014–4/2014 ⏩ Franz Kröger, Dr. Norbert Sievers

*Kulturbericht des Landes Niedersachsen*
Niedersächsisches Ministerium für Wissenschaft und Kultur
⏩ 1/2014–4/2014 ⏩ Ulrike Blumenreich, Dr. Norbert Sievers

*Kulturentwicklungskonzeptionen in Thüringen*
Thüringer Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur
⏩ 1/2014–12/2014 ⏩ Dr. Patrick S. Föhl, Dr. Norbert Sievers, Ulrike Blumenreich, Marc Grandmontagne, Jörg Hausmann

*Konzeptförderung Soziokultureller Zentren in NRW*
Ministerium für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport des Landes Nordrhein-Westfalen, Kulturabteilung
⏩ 1/2014–12/2014 ⏩ Dr. Norbert Sievers, Jörg Hausmann

*Compendium of Cultural Policies and Trends in Europe*
ERICarts, Bonn / Europarat, Straßburg
⏩ 11/2014–12/2014 ⏩ Ulrike Blumenreich

*Internetportal »Europa fördert Kultur«*
Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien
⏩ 1/2014–12/2014 ⏩ Christine Wingert, Stefanie Rohleder

*Förderpotenziale für Kultur in ländlichen Räumen*
Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien
⏩ 8/2014–12/2014 ⏩ Dr. Norbert Sievers, Franz Kröger, Christine Wingert

*25 Jahre Fonds Soziokultur*
Fonds Soziokultur e.V.
⏩ 1/2014–10/2014 ⏩ Dr. Norbert Sievers, Ulrike Blumenreich, Franz Kröger, Jörg Hausmann, Janine Huge

*Stadtteilkulturarbeit in Hannover*
Landeshauptstadt Hannover
⏩ 1/2014–9/2014 ⏩ Christine Wingert, Dr. Norbert Sievers

*Handbuch Soziokultur*
Stiftung Niedersachsen
⏩ 4/2014–12/2014 ⏩ Ulrike Blumenreich

*Förderstrukturen der Freien Darstellenden Künste in Deutschland*
Bundesverband der Freien Theater
⏩ 9/2014–12/2014 ⏩ Ulrike Blumenreich

*Art but fair*
Hans-Böckler-Stiftung
⏩ 8/2014–12/2014 ⏩ Maximilian Norz, Katharina Kucher (extern)

*Kommunale Kulturpolitik meets Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik*
Auswärtiges Amt
⏩ 11/2014–12/2014 ⏩ Marc Grandmontagne

*Entwicklungskonzept Soziokultur für die Stadt Braunschweig*
Kulturpolitische Gesellschaft
⏩ 5/2014–10/2014 ⏩ Marc Grandmontagne

Aufgenommen wurden nur feste und freie MitarbeiterInnen des Instituts.

**Vorbereitungen für den 8. Kulturpolitischen Bundeskongress**

*Am 18./19. Juni 2015 findet der 8. Kulturpolitische Bundeskongress der Kulturpolitischen Gesellschaft und der Bundeszentrale für politische Bildung in Kooperation mit dem Deutschen Städtetag und mit Unterstützung der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien statt. Anlass des Kongresses ist das 25. Jahr der Verwirklichung der Deutschen Einheit. Der Kongress will die dadurch angestoßenen und seitdem zu beobachtenden Veränderungen in der Kulturpolitik diskutieren und einen Blick zurück nach vorn versuchen. Namhafte ReferentInnen und DiskutantInnen, darunter Kulturstaatsministerin Prof. Monika Grütters, MdB, Bundestagspräsident Prof. Dr. Norbert Lammert, MdB, Bundestagspräsident a.D. Dr. hc. Wolfgang Thierse, der Soziologe Prof. Dr. Heinz Bude und viele andere prominente ExpertInnen konnten für den Kongress gewonnen werden.*

Zur inhaltlichen Ausrichtung des Kongresses heißt es in der Einladung:
»Mit der Verwirklichung der Deutschen Einheit hat sich auch die Kulturpolitik verändert – sowohl konzeptionell wie instrumentell. Im Einigungsvertrag ist die Kultur in Artikel 35 mit verfassungsrechtlichem Rang gesetzlich verankert, was der Kultur in den ostdeutschen Ländern und auf Bundesebene mehr Gewicht verliehen hat. Der Bund trat auf dieser Basis unmittelbar nach der Wende im Rahmen der »Übergangsfinanzierung« mit groß dimensionierten Programmen auf, um die kulturelle Infrastruktur in Ostdeutschland flächendeckend zu erhalten, zu modernisieren und sogar auszubauen. Auch die neuen Länder und die Kommunen beteiligten sich an diesem Transformationsprozess der kulturellen Infrastruktur. Nur acht Jahre nach der Vereinigung wurde das Amt des Beauftragten für Kultur eingerichtet und ein Ausschuss für Kultur und Medien im Deutschen Bundestag gebildet. Die Gründung der Kulturstiftung des Bundes folgte 2003, und ein Jahr später wurde die Enquete-Kommission »Kultur in Deutschland« des Deutschen Bundestages eingesetzt, die ihren Bericht Ende 2007 vorlegte und darin eine detaillierte Analyse der Situation von Kunst und Kultur in Deutschland vornahm und umfangreiche kulturpolitische Empfehlungen formulierte.

Transformation wäre jedoch zu kurz gedacht, wenn man sie nur auf die unmittelbaren Folgen der Deutschen Einheit beziehen und nicht in Rechnung stellen würde, dass diese sich in einem europäischen und globalen gesellschaftlichen Wandel ereignet hat. Vor diesem Hintergrund wollen wir die Frage aufwerfen, ob das Interesse der politischen Akteure am Prozess des Nationbuildings zu einer Reaktivierung der überkommenen Formel von der Kulturnation geführt und dabei aktuellere Kulturbegriffe, Motivlagen der Menschen und der kulturellen Akteure ebenso außer Acht gelassen hat wie den internationalen Kontext. Ferner ist zu diskutieren, ob der Begriff der »kulturellen Substanz« im Einigungsvertrag nicht zu stark als Legitimationsformel für ein politisches Sanierungsprogramm des baulichen kulturellen Erbes genutzt worden ist und wenig Spielraum für Innovation und Transformation zugelassen hat.

# *»Kultur.Macht.Einheit? Kulturpolitik als Transformationspolitik«*

Der 8. Kulturpolitische Bundeskongress versucht einen Rückblick mit Ausblick auf eine Zukunft, in der Kulturpolitik wieder stärker als pluralistisch organisierte Demokratiepolitik begriffen wird.«

Die Planung und Durchführung der Kulturpolitischen Bundeskongresse gehört zu den Kernaufgaben des Instituts für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft. Sie finden alle zwei Jahre statt. Im Berichtsjahr 2014 wurde die Konzeption des Kongresses entwickelt, an der neben dem Kuratorium des Instituts und dem Vorstand der Kulturpolitischen Gesellschaft eine Reihe von ExpertInnen mitgewirkt haben, die im Juli 2014 zu einer Programmkonferenz nach Berlin eingeladen worden waren. Danach galt es, die Struktur des Kongresses konkret auszuformulieren und die knapp 70 ReferentInnen und Fachleute für eine Teilnahme am Kongress zu gewinnen. Eine ausführlichere Erläuterung der inhaltlichen Konzeption ist im Heft 148 (I/2015) der Kulturpolitischen Mitteilungen (S. 2–4) veröffentlicht. Das Programm kann auf der Website der KuPoGe eingesehen werden.

*Norbert Sievers*

# »Neue Kulturförderung« – Jahrbuch für Kulturpolitik 2014

Mit der Neuen Kulturpolitik hat sich auch die Kulturförderung im engeren Sinne verändert. Auffällig ist insbesondere, dass die institutionelle Förderung von Einrichtungen und wiederkehrenden Veranstaltungsformaten zunehmend ergänzt und z.T. auch ersetzt wird durch eine zeitlich befristete projekt- und programmbezogene Förderung. Obwohl es zur quantitativen Dimension dieser Veränderung keine verlässlichen Daten gibt, lässt schon die Auflistung der bekanntesten Fördertöpfe auf Europa-, Bundes-, Länder- und kommunaler Ebene erkennen, dass in der Summe ein Betrag von mehreren Hundert Millionen Euro pro Jahr zur Verfügung stehen dürfte, um Kulturförderung auf diese Weise zu betreiben. Damit ist eine Größenordnung erreicht, die es notwendig macht, über die Ursachen und Folgen sowie über die Erscheinungsformen dieser Entwicklung nachzudenken.

Hrsg. für das Institut für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft e.V. von Norbert Sievers • Bonn / Essen: Klartext Verlag 2015 • 452 Seiten • 19,90 Euro • ISBN 978-3-8375-1396-7

Die Rede von neuer Kulturförderung verweist jedoch nicht nur auf das Faktum der Befristung, mit dem finanzpolitisch spezifische Steuerungsvorteile verbunden sind, sondern auch auf einen veränderten Modus der Förderung. Denn aus den Förderrichtlinien und -konzepten öffentlicher wie privater Förderagenturen wird immer deutlicher, dass es nicht mehr nur darum geht, Künstler, Kunstwerke oder Kulturveranstaltungen zu unterstützen, sondern in verstärktem Maße auch Strukturen, Prozesse, Netzwerke und Kontexte. Hinzu kommt, dass es mittlerweile eine Fülle von Programmen gibt, mit denen Kunst- und Kulturförderung eher indirekt erreicht werden kann, deren eigentliche Zweckbestimmung aber nicht vorrangig kultureller Natur ist. Es sind vielmehr multithematische Programme, in denen die Kulturförderung nur ein (eher sekundärer) Beweggrund unter vielen ist.

Damit ändern sich die Begründungen, Logiken, Verfahren und Handlungsanforderungen an die Kulturförderung. Darüber ist in den vergangenen Jahren vereinzelt unter dem Gesichtspunkt der strukturbezogenen Kulturförderung schon geschrieben und berichtet worden, nicht zuletzt im Kontext der Kulturpolitischen Gesellschaft, aber eine systematische, durch konkrete empirische Beispiele und Erfahrungsberichte unterlegte Betrachtung dieser Entwicklung stand noch aus. Diese soll mit dem Jahrbuch 2014 gelingen. Viele Beiträge in dem seit Mai 2015 vorliegenden Buch unterstreichen die eingangs formulierte These, und es hätten noch viele weitere Beispiele – nicht zuletzt aus dem europäischen Ausland – hinzugefügt werden können. Dies bestätigt die Notwendigkeit, sich dieses Themas der »Neuen Kulturförderung« weiter anzunehmen und in einen intensiveren Austausch mit den Förderakteuren zu treten. Dafür liegt nun eine Grundlage vor.

Das vorliegende Jahrbuch knüpft in Inhalt und Form an die dreizehn Bände an, die seit dem Jahr 2000 vom Institut für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft als Reihe herausgegeben wurden. Das Jahrbuch 2014 steht dabei in einem inhaltlichen Zusammenhang mit den Jahrbüchern 2012 (»Neue Kulturpolitik der Länder«) und 2013 (»Kulturpolitik und Planung«). Die thematische Nähe war gewollt, um auf diese Weise zeigen zu können, wie sehr sich Kulturpolitik bereits verändert hat und noch verändern wird. Mit dem Jahrbuch 2014 (»Neue Kulturförderung«) kann nunmehr auf ein Kompendium von drei Jahrbüchern verwiesen werden, in dem die aktuelle Kulturpolitikentwicklung in Deutschland dokumentiert wird.

Das aktuelle Jahrbuch enthält neben dem Schwerpunkt erneut die regelmäßigen Rubriken jedes Jahrbuchs, die Chronik kulturpolitischer und kultureller Ereignisse 2013, die Bibliografie kulturpolitischer Neuerscheinungen und Adressen wichtiger Institutionen, Gremien und Verbände. Die Rubrik Kulturstatistik / Kulturwissenschaften enthält diesmal einen Beitrag zur Kulturfinanzierung, insbesondere im Vergleich zu anderen europäischen Ländern. Ferner werden wiederum aktuelle Daten zur Nutzung der öffentlichen Theater und Opern in Deutschland vorgestellt.

*Norbert Sievers*

**Broschüren stellen geförderte Projekte vor**

Die Kontaktstelle Deutschland »Europa für Bürgerinnen und Bürger« bei der Kulturpolitischen Gesellschaft e.V. bietet drei Broschüren an, die geförderte Projekte aus den Bereichen kommunale Partnerschaften, zivilgesellschaftliche Initiativen und Erinnerungsarbeit vorstellen. Die Broschüren werden kostenlos versandt (Bestellung an info@kontaktstelle-efbb.de).

Neben den beiden großen Projekten »Kulturpolitischer Bundeskongress« und »Jahrbuch für Kulturpolitik« bildet das Kulturpolitische Informationssystem »KIS« das dritte Element der vom BKM geförderten Aktivitäten und ist damit eine zentrale Säule der bundesweiten Aktivitäten des Instituts für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft. Seit 2000 stehen verschiedene Online-Dienste und Datenbanken zur Verfügung, die Akteuren aus Kulturpolitik und Kulturarbeit bei der täglichen Arbeit nützlich sein können. Sie erleichtern die Recherche nach Publikationen, Tagungen oder kulturpolitischen Ereignissen und Daten. Auch im Jahr 2014 wurde das Kulturpolitische Informationssystem weiterentwickelt und aktualisiert.

**Veranstaltungskalender**
Der ständig aktualisierte Veranstaltungskalender gab mit 622 Tagungshinweisen für das Jahr 2014 einen umfassenden Überblick zu wichtigen kulturpolitischen und kulturellen Tagungen und Kongressen. In der Regel kann von hier aus direkt das entsprechende Internetangebot des Veranstalters mit Anmeldemöglichkeit angewählt werden.

**Kulturpolitische Bibliografie**
Die Kulturpolitische Bibliografie enthält mittlerweile knapp 52.000 Nachweise von Veröffentlichungen aus allen Bereichen der Kulturpolitik und Kulturarbeit. Neben Monografien weist sie Beiträge aus Sammelbänden und Zeitschriften nach, daneben Bundestags- und Landtagsdrucksachen sowie »graue« Literatur. Im Jahr 2014 sind über 2.000 Neueinträge hinzugekommen. Eine Auswahl erscheint jeweils im »Jahrbuch für Kulturpolitik« und vierteljährlich in den »Kulturpolitischen Mitteilungen« (KuMi).

**Chronik**
Die seit 2000 fortlaufend geführte Chronik wichtiger kultureller und kulturpolitischer Ereignisse enthält ca. 2.400 Einträge. Im Jahr 2014 kamen 150 Neueinträge hinzu. Es kann online chronologisch oder nach Stichworten recherchiert werden. Auch diese Chronik erscheint jeweils als Auswahl in Jahrbuch und KuMi.

# *Das Kulturpolitische Informationssystem (kis)*

**Adressen**
Über 1.500 ausgewählte Webadressen, auf denen Materialien zu kulturpolitischen Themen zu finden sind, werden kurz mit ihren Angeboten und Schwerpunkten vorgestellt und verlinkt.

**Aus- und Fortbildungsmöglichkeiten**
Die seit 1999 in den Kulturpolitischen Mitteilungen in der Rubrik »Studium Kultur« vorgestellten Aus- und Fortbildungsmöglichkeiten aus den Bereichen Kulturvermittlung, -management und kulturelle Praxisfelder werden laufend ergänzt. Integriert ist der Zugriff auf die Online-Datenbank für Studienangebote des Projekts »Studium und Arbeitsmarkt für kulturvermittelnde und interkulturelle Tätigkeitsfelder in Deutschland« (www.studium-kultur.de).

**Sonstiges**
Ergänzend zum Service in den »Kulturpolitischen Mitteilungen« wird online eine Auswahl aktueller bzw. ergänzender Nachrichten aufgeführt.
Daneben gibt es einige Inhalte, die im Zusammenhang mit der Projektarbeit des Instituts zur Verfügung gestellt werden, sei es als (Teil-)Dokumentation, als Präsentation von Zwischenergebnissen oder als zusätzliche Materialien. Jeweils nach Erscheinen eines Heftes der »Kulturpolitischen Mitteilungen« werden ausgewählte Artikel für den Onlinezugriff eingestellt.

*Ralf Brünglinghaus / Jörg Hausmann*

Ralf Brünglinghaus


*Prof. Dr. Olaf Schwencke*
Kuratoriumsvorsitzender des *Instituts für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft e.V.*, Berlin

*Prof. Dr. Susanne Binas-Preisendörfer*
Professorin für Musik und Medien, *Carl von Ossietzky Universität*, Oldenburg

*Prof. Dr. Rainer Danielzyk*
Direktor des *Instituts für Landes- und Stadtentwicklungsforschung gGmbH*, Dortmund

*Dr. Cornelia Dümcke*
Kulturökonomin, *Culture Concepts*, Berlin

*Prof. Dr. Max Fuchs*
Direktor der *Akademie für musische Bildung und Medienerziehung* a.D. und ehemaliger Präsident des Deutschen Kulturrates, Remscheid

*Prof. Hilmar Hoffmann*
Präsident des *Goethe-Instituts* a.D., Frankfurt am Main

*Prof. Siegfried Hummel*
Ehem. Kulturreferent der *Landeshauptstadt München*, Osnabrück


# *Das Kuratorium des IfK*


*Prof. Dr. Dieter Kramer*
Ao. Professor für Europäische Ethnologie, Wien/Dörscheid (Verbandsgemeinde Loreley)

*Thomas Krüger*
Präsident der *Bundeszentrale für politische Bildung*, Bonn/Berlin

*Prof. Dr. Norbert Lammert*
Präsident des *Deutschen Bundestages*, Berlin

*Prof. Dr. Caroline Y. Robertson-von Trotha*
Direktorin des *ZAK | Zentrum für Angewandte Kulturwissenschaft und Studium Generale der Universität Karlsruhe (TH)*, Karlsruhe

*Prof. em. Dr. Walter Siebel*
Institut für Soziologie der *Carl von Ossietzky Universität*, Oldenburg

*Dr. h.c. Wolfgang Thierse*
Bundestagspräsident a.D., Berlin

*Prof. Dr. Raymond Weber*
Präsident der NGO *Culture et Développement*, Grenoble

# Kommunale Kulturpolitik meets Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik

Marc Grandmontagne

In Deutschland ist die Kulturpolitik aus historischen Gründen zweigeteilt: Innenkulturpolitik ist zumeist Sache von Kommunen und Ländern sowie in steigender Intensität auch Sache des Bundes seit der Schaffung des Amtes der/des »Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien« im Jahr 1998. Der Bereich der Außenkulturpolitik liegt dagegen beim Auswärtigen Amt (AA) und seinen Mittlerorganisationen wie dem Goethe-Institut oder dem Institut für Auslandsbeziehungen (IFA). Vor dem Hintergrund der rasanten Entwicklungen und fundamentalen Änderungen auf der weltweiten Landkarte hat das AA seine Außenkulturpolitik im Hinblick auf Ziele, Instrumente und Akteure einem grundlegen Review-Prozess unterzogen. In diesem Zusammenhang hat die KuPoGe gemeinsam mit dem AA (Abteilung Kultur und Kommunikation) zu einem gemeinsamen Workshop mit Vertretern der kommunalen Kulturpolitk und Akteuren aus Kunst und Kultur geladen. Ziel war es, die beiden politischen Ebenen der kommunalen und internationalen Kulturpolitik zusammenzubringen, Bedarfe und Schnittstellen zu eruieren und zu überlegen, wie eine dauerhafte Verzahnung aussehen könnte. Es herrschte Einigkeit unter den Teilnehmerinnen und Teilnehmern, dass beide Seiten erheblich voneinander profitieren könnten: Denn Städte und Kommunen verfügen nicht nur über aktive Netzwerke mit internationalen Partnerstädten, sondern haben große Erfahrung in der (inter)kulturellen Arbeit ihrer jeweiligen Kommune. Sich diese Erfahrungen zunutze zu machen, wäre auch für die Arbeit vor Ort von Goethe-Instituten und anderen internationalen Mittlern von großer Bedeutung. Umgekehrt mangelt es den Kommunen meist an internationaler Fachkompetenz, und so erfolgt die Arbeit auf beiden Ebenen nicht nur unabhängig voneinander, sondern auch ohne Wissen um die jeweils anderen Handlungsfelder. Gegenseitige Kenntnis wäre also ein Anfang, der beispielsweise in Form eines digitalen Newsletters erfolgen könnte. Auch eine systematische Aufarbeitung der Städtepartnerschaften und ihre Einbeziehung in die internationale Arbeit könnten hilfreich sein. Die Diskussion internationaler Politikthemen auf kommunaler Ebene wäre eine weitere Option, die letztlich auch der im Review-Prozess geforderten Einbeziehung der Zivilgesellschaft Rechnung tragen könnte. Die Ergebnisse werden in einem Fortsetzungstermin 2015 vertieft.

*Marc Grandmontagne*

# Inklusive kulturelle Bildung und Kulturarbeit – BKM förderte Studie

Franz Kröger

Im Herbst 2013 wurde das Institut für Kulturpolitik vom damaligen Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien mit der Erstellung eine Studie zur inklusiven kulturellen Bildung und Kulturarbeit beauftragt. Der Fokus lag dabei auf Menschen mit körperlichen und geistigen Einschränkungen und ihre Teilhabe am kulturellen Leben. Es sollte weniger um eine empirische Bestandsaufnahme inklusiver Programme, Akteure und Förderer im Bereich von Kunst und Kultur gehen als vielmehr Einblick in ein bis dato eher randständiges Aufgaben- und Praxisfeld der Kulturpolitik vermittelt werden.

Nach einer dreimonatigen Recherchephase mit zahlreichen Expertengesprächen, Sekundäranalysen und eigenen Erhebungen konnten schließlich im Frühjahr 2014 deren Resultate präsentiert werden. Die Ergebnisse stießen auf breites Intesse, so dass beschlossen wurde, die Untersuchung – in überarbeiteter Form – in der Reihe »Materialien« zu veröffentlichen.

Darin wird zunächst das Inklusionsthema im programmatischen Selbstverständnis der Neuen Kulturpolitik verortet und das gesetzliche Feld abgesteckt, in dem Inklusion als öffentliche Aufgabe verhandelt wird. Dann folgt die Beschreibung des Akteursfeldes. Zivilgesellschaftliche Einrichtungen der Behindertenhilfe kommen dabei ebenso zur Sprache wie Behindertenselbstorganisationen und ihre künstlerischen Aktivitäten. Auch inklusive Kulturförderprogramme von staatlicher Seite sowie aus Wirtschaft und Zivilgesellschaft werden präsentiert.

Insgesamt fällt das Ergebnis der Recherche eher ernüchternd aus. Inklusive kulturelle Bildung und Kulturarbeit gewinnt in öffentlichen Einrichtungen, kulturpolitischen Programmen und dazugehörigen Budgets erst langsam – jedoch stetig – an Bedeutung. Zivilgesellschaftliche Organisationen und Initiativen sind dagegen schon weiter in Sachen kultureller Bildung und Kulturarbeit von, mit und für Menschen mit Behinderungen.

Vor diesem Hintergrund sind die AutorInnen der Studie auch zuversichtlich, dass Inklusion als Aufgabe der Kulturpolitik weiter an Bedeutung zunehmen wird. Schließlich geht es um das alte Paradigma der Neuen Kulturpolitik, »Kultur von und für alle(n)« zu ermöglichen. Inzwischen wurde auch eine PDF der Studie ins Netz gestellt, die auf der Homepage der KuPoGe kostenlos heruntergeladen werden kann.

*Franz Kröger*

Das Portal »Europa fördert Kultur« stellt EU-Förderprogramme aus den Bereichen Kultur, Audiovisuelle Medien, Bildung, Jugend, Soziales, Integration Europas, Forschung, Regionalentwicklung, Informationstechnologie und Zusammenarbeit mit Drittländern vor. Es wendet sich an Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in kulturellen Einrichtungen, Vereinen, Verbänden, Kommunen sowie Behörden auf Landes- wie Bundesebene, Universitäten, Kirchen, Schulen und auch Einzelpersonen in Deutschland und Österreich, die kulturelle Vorhaben mit einer europäischen Dimension realisieren wollen. Genutzt wird das Portal zudem von diversen Multiplikatoren, die die genannten Interessent/innen bei der Suche nach Fördermitteln seitens der EU unterstützen.

Im Jahr 2004 ging das Portal als einzigartige Navigationshilfe im Dschungel der EU-Förderung online. Seitdem hat sich die digitale Informationslage stark verändert. Nicht nur die EU-Kommission hat ihre Internetpräsenz ausgebaut und nutzerfreundlicher gestaltet, sondern auch die nationalen Kontaktstellen, die für viele der kulturrelevanten Programme (z.B. die Bildungsprogramme, das Jugendprogramm und das Forschungsrahmenprogramm der EU) eingerichtet worden sind, wurden gestärkt und haben ihre Informationsarbeit mit Online-Medien, Seminaren und Konferenzen ausgebaut.

In den vergangenen zehn Jahren wurde das Portal »Europa fördert Kultur« vom IfK betrieben. Es stellte ca. 40 Förderschienen der EU-Programme vor, aufgegliedert in Förderziele, förderbare Maßnahmen, Teilnahmeberechtigte, finanzielle Aspekte, Antragsverfahren und weiterführende Infos und Links zu den Antragsdokumenten. Zudem wurden Kontaktdaten von Beratungsstellen und den Ansprechpartnern bereitgestellt sowie Beispiele geförderter Kulturprojekte präsentiert, um die Förderungen jeweils zu illustrieren. Da die deutschsprachige Information über die EU-Programme auch für österreichische Kulturakteure relevant ist, arbeitete das IfK mit dem dortigen Bundeskanzleramt (BKA) zusammen, das Kontaktadressen sowie Projektbeispiele aus Österreich beisteuerte. Auch an der Finanzierung war das BKA viele Jahre beteiligt.

# *Internetportal »Europa fördert Kultur«*

Mit der neuen EU-Förderperiode 2014–2020 wurden viele EU-Programme umstrukturiert, insbesondere zusammengelegt – so auch die Programme Media Plus und Media Mundus (für die europäische Filmförderung) sowie KULTUR unter dem gemeinsamen Namen »Kreatives Europa«. In diesem Zuge wurden auch die nationalen Kontaktstellen für diese beiden Bereiche stärker vernetzt. In diesem Kontext hat die BKM entschieden, das Portal »Europa fördert Kultur« unter der Ägide des »Creative Europe Desk KULTUR« (CED Kultur), der nationalen Kontaktstelle für die Kulturförderung der EU, in reduzierter Form weiterführen zu lassen. Als IfK-Projekt ist »Europa fördert Kultur« damit Ende 2014 offiziell beendet.

Im Jahr 2014 wurde mit Mitteln der BKM die Übernahme des Portals in die Internetpräsenz des CED Kultur vorbereitet, indem die Webtechnik erneuert wurde. Zudem wurden Beschreibungen der kulturrelevanten Programme der neuen Förderperiode 2014 bis 2020 erstellt und mit den Websites der nationalen Kontaktstellen verlinkt. Diese Informationen sind zugänglich unter www.europa-foerdert-kultur.info.

*Christine Wingert*

Christine Wingert

# *Konzeptförderung Soziokultureller Zentren in NRW*

Im Jahr 2006 hatte die nordrhein-westfälische Landesregierung, damals noch unter Führung der CDU, ein neues Förderprogramm ins Leben gerufen mit dem Titel »Konzeptförderung Soziokultureller Zentren NRW«. Kulturpolitisches Ziel war es, die soziokulturellen Zentren des Landes mit zusätzlichen Mitteln auszustatten und sie dadurch zu befähigen, sich stärker im Bereich der Künste zu profilieren. Mit der Förderperiode 2012 bis 2014 hat die Landesregierung diese »Konzeptförderung« zum dritten Mal aufgelegt und sie ausgeweitet. Kamen in den beiden ersten Förderperioden jeweils sechs Zentren nach Ausschreibung und Auswahl durch eine durch das Land eingesetzte Jury aus Experten unterschiedlicher Profession in den Genuss einer Förderung über drei Jahre mit bis zu 40.000 Euro jährlich, so sind es nun acht.

Jörg Hausmann

»Nordrhein-Westfalen ist mit rund 66 kleinen bis großen soziokulturellen Zentren eine Hochburg der Soziokultur«, heißt es in der Presseerklärung des Landes zur Ausschreibung, und Kulturministerin Ute Schäfer wird zitiert mit: »In seinen ungenutzten Industriearealen sind Freiräume entstanden, die Kunst und Kultur mit Strukturen alternativer Lebensführung verbinden. Es sind auch Orte, an denen Menschen nicht nur Kultur konsumieren, sondern auch selbst aktiv gestalten«, und »dieses eigene aktive, kreative Agieren« schaffe »insbesondere einen nachhaltigen Zugang zu Kultur«.

Mit der konzeptionellen Vorbereitung (Konzeptentwicklung, Ausarbeitung von Fördergrundsätzen, Empfehlungen und Leitfaden für die Antragstellung, Geschäftsordnung für die Jury) und der praktischen Begleitung von der Abwicklung des Antragsverfahrens über die Vorbereitung der Jury-Sitzungen bis hin zur Evaluierung (Entwicklung von Kriterien, Auswertung und Aufbereitung) war von Beginn an das Institut für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft beauftragt.

Die Entscheidung der Landesregierung, das Programm der Vorgängerregierung aufrechtzuerhalten und sogar aufzustocken, war nicht zuletzt den positiven Ergebnissen unseres Berichts geschuldet, der die Erfahrungen aus den beiden ersten Förderperioden zusammengefasst hat. Dieser war zu dem Ergebnis gekommen, dass die an die zusätzliche Förderung gestellten Erwartungen weitgehend eingelöst werden konnten, mit den Fördergeldern und dem dadurch gegebenen Handlungsspielraum in den einzelnen Zentren also durchaus innovative Neuerungen im Sinne der Programmziele bewirkt werden konnten, sowohl bezogen auf neue Zielgruppen als auch auf neue Formate und auf mehr Kooperationen. Es hat Anstöße gegeben zu konkreten konzeptionellen Veränderungen, die nachhaltige Resultate versprechen und Wirkungen über die einzelnen Zentren hinaus in der soziokulturellen Szene und dem damit verbundenen Akteursnetzwerk entfalten. Nicht zuletzt die Planungssicherheit über einen Zeitraum von drei Jahren wirkte dabei hilfreich.

Da sich der Beginn der Förderung im Jahr 2012 wegen der Auflösung des Landtages bis nach den Sommerferien verzögert hatte, war die Laufzeit der dreijährigen Förderperiode bis Mitte 2015 verlängert worden. 2014 fiel die Entscheidung für eine erneute Ausschreibung für die Förderperiode von Mitte 2015 bis Mitte 2018.

*Jörg Hausmann*

# *»Kultur besser fördern« – 25 Jahre Projektförderung des Fonds Soziokultur*

Ende 2012 konnte der Fonds Soziokultur auf ein Vierteljahrhundert seiner Arbeit zurückblicken. Seit 1988 hat er über 1.600 soziokulturelle Projekte gefördert und ca. 13 Millionen Euro an die Akteure aus der soziokulturellen Szene vergeben, mit denen weitere ca. 40 Millionen Euro an Fördermitteln Dritter generiert werden konnten. Dieses Jubiläum und diesen Erfahrungsschatz hat der Fonds Soziokultur zum Anlass genommen, um seine Fördertätigkeit zu dokumentieren und das Phänomen der Soziokultur in seiner Projektform empirisch zu enttarnen. Nach 25 Jahren Fördertätigkeit wollte sich der Fonds an seinen frühen Ansprüchen messen. Ist es tatsächlich gelungen, neue Methoden und Formate soziokulturellen Arbeitens zu entwickeln und konnte die soziokulturelle Szene stabilisiert werden? Können wir heute präziser sagen, was dieser immer noch sperrige und schillernde Begriff »Soziokultur« an konkreter Praxis meint?

Das Institut für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft wurde beauftragt, diesen Fragen empirisch nachzugehen und die Ergebnisse in einer Dokumentation vorzustellen, die auf der Fachtagung des Fonds Soziokultur »Kultur besser fördern. 25 Jahre Projektförderung Fonds Soziokultur« am 18./19. September 2014 in Hannover vorgestellt wurden. Damit liegt jetzt eine Publikation vor, die in vielen Beiträgen und an vielen Beispielen zeigt, was Kulturstaatsministerin Prof. Monika Grütters in ihrem Grußwort formuliert hat: »Dem verdienstvollen Wirken des Fonds Soziokultur ist es (...) zu verdanken, dass die Soziokultur aus ihrem Nischendasein der Anfangsjahre herausgefunden hat und heute breite Anerkennung erfährt.«

*Norbert Sievers*

# Handbuch Soziokultur

Mit der Veröffentlichung des Handbuches Soziokultur und einer Fachtagung zur Zukunft der Soziokultur schloss die Stiftung Niedersachsen ihr Förderprogramm »sozioK – Zukunft gestalten mit Soziokultur« ab, das sie von 2011 bis 2015 durchführte. Für die konzeptionelle Beratung für Handbuch und Fachtagung sowie das Lektorat des Handbuches hat die Stiftung Niedersachsen das Institut für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft gewonnen.

Das 424 Seiten umfassende Handbuch Soziokultur stellt sowohl den wissenschaftlichen und kulturpolitischen Rahmen der Soziokultur dar als auch die praktischen Erfahrungen der soziokulturellen Akteure. Damit versteht es sich als Ideensammlung und Ratgeber für diejenigen, die sich mit Soziokultur beschäftigen: PraktikerInnen, WissenschaftlerInnen, Förderer sowie Studierende.

Analog zu dieser Zielsetzung sind die 54 Beiträge von 73 AutorInnen in drei thematische Abschnitte unterteilt: den theoretischen Teil, die Vorstellung der im Programm »sozioK« geförderten Projekte und praktische Handreichungen. Im theoretischen Teil werden sowohl eine Einbettung in den kulturpolitischen und wissenschaftlichen Kontext vorgenommen als auch Analysen der Förderprogramme »sozioK« der Stiftung Niedersachsen und der Förderung des Fonds Soziokultur vorgestellt. Einen zentralen Teil bilden die Dokumentationen der im Rahmen des Förderprogramms unterstützten Projekte – nicht aus glänzender Werbeperspektive, sondern durchaus mit einem kritischen Blick hinter die Kulissen. Der letzte Teil besteht aus alltagstauglichen Handreichungen von und für soziokulturelle Akteure(n) in unterschiedlichen Projektphasen – von der Akquise bis zur Evaluation, auch der mutige Blick auf das Scheitern wird nicht ausgelassen.

Neben der konzeptionellen Beratung in der Planungs- und Durchführungsphase sowie dem Lektorat der zahlreichen Beiträge haben MitarbeiterInnen des Instituts auch eigene Beiträge für das Handbuch verfasst.

Die Präsentation des aus 9 Heften im Ordner bestehenden Handbuches erfolgte auf einer Tagung im Frühjahr 2015, an deren Konzeption das *IfK* ebenfalls mitgewirkt hat. Die Publikation kann bei der Stiftung Niedersachsen bestellt werden: www.stnds.de/de/was-wir-foerdern/programme/sozioK.

*Ulrike Blumenreich*

# Kulturbericht Niedersachsen 2013/2014

Der nunmehr zweite Kulturbericht Niedersachsen wurde am 22. Mai 2014 von Ministerin Gabriele Heinen-Kljajic vorgestellt.

Nachdem das Institut für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft das Niedersächsische Ministerium für Wissenschaft und Kulturbereits bereits beim Kulturförderbericht Niedersachsen 2010 unterstützt hatte, konnte das Institut auch den Prozess der Erstellung des zweiten Berichts in Zusammenarbeit mit der Kulturabteilung des Ministeriums begleiten.

Während mit dem ersten Kulturbericht eine Bestandsaufnahme der kulturellen Infrastruktur des Landes vorgelegt wurde, richtet der zweite seinen Fokus – entsprechend der Kulturpolitik des Flächenlandes – auf den Schwerpunkt »kulturelle Teilhabe«. Neben einer Sekundärauswertung empirischer Daten zu diesem Thema wird die Praxis der kulturellen Teilhabe am Beispiel des Theater- und Soziokulturbereichs aufgezeigt. Das Sonderkapitel wird umrahmt von der Darstellung der kulturpolitischen Programmatik des Landes.

Ein weiteres zentrales Element des Kulturberichtes ist die Dokumentation der Kulturförderung. Diese erfolgt in anschaulicher Weise spartenbezogen (Theater und Tanz / Musik / Museen / Bildende Kunst / Literatur und Sprache / Bibliotheken / Film und Medien), spartenübergreifend (Kulturelle Bildung / Soziokultur / Denkmalpflege und Archäologie / Individuelle Künstlerförderung / Kulturaustausch mit dem Ausland / Hochschulen) sowie strukturbezogen (regionale Kulturförderung / EU-Förderung / Kulturwirtschaft). Darüber hinaus enthält der Bericht ein umfangreiches Kapitel mit den Finanzdaten, in dem sowohl die Förderung ab einer Höhe von 10.000 Euro für 2013 im Vergleich mit 2010 abgebildet ist als auch die Ansätze des Haushaltes für 2014. Den LeserInnen wird somit ermöglicht, durch eine Gegenüberstellung der Daten die Entwicklungsprozesse der vergangenen Jahre nachzuvollziehen.

Abgerundet wird der Bericht durch die Informationen über Stiftungen als Partner der Kulturförderung in Niedersachsen und durch einen Adressteil mit den Kontaktdaten der Kulturakteure.

Die Kulturberichte sind Bausteine des Kulturentwicklungskonzeptes des Landes und laden zum Diskurs mit Kulturakteuren und der Öffentlichkeit über die niedersächsische Kulturpolitik ein. So spiegeln sich beispielsweise im zweiten Kulturbericht die Reaktionen und Anregungen der kulturellen Akteure wider. Mit dieser thematisch fokussierten und transparenten Form der Kulturberichterstattung sowie der Darstellung der Kulturentwicklung nimmt Niedersachsen eine besondere Rolle unter den Bundesländern ein.

Der 170-seitige Kulturbericht 2013/2014 ist sowohl als PDF als auch als interaktive Fassung – in der auch Videos enthalten sind – abrufbar unter: www.mwk.niedersachsen.de/portal/live.php?navigation_id=33622&article_id=118562&_psmand=19.

*Ulrike Blumenreich*

# *Förderpotenziale für die kulturelle Infrastruktur sowie für kulturelle Aktivitäten in ländlichen Räumen. Eine Bestandsaufnahme mit Empfehlungen*

Die demografische Entwicklung ist in Deutschland regional sehr unterschiedlich ausgeprägt; tendenziell wird die Bevölkerung weniger und älter und vielerorts zudem »bunter« (interkultureller). In wirtschaftlich schwachen Regionen und dünn besiedelten Gebieten kumulieren die Effekte des ökonomischen, sozialen und kulturellen Strukturwandels und betreffen fast alle Bereiche des privaten und öffentlichen Lebens sowie der politischen Beteiligung und Gestaltung. Die kulturelle Infrastruktur steht dort vor gravierenden Umstrukturierungsprozessen; dies betrifft alle Aspekte der Kultur: dauerhafte professionelle Strukturen vor Ort, mobile Angebote, aber auch Formen der Laienkultur und des bürgerschaftlichen Engagements und selbstverständlich auch die kulturelle Bildung.

Raumbezogene politische Konzepte und Strategien sind per se Aufgabe gewichtiger Akteure wie der Behörden für Raumordnung bzw. Landwirtschaft auf Bundes- und Landesebene. Die Ausprägungen und Folgen des Strukturwandels in der Landwirtschaft sowie des demografischen Wandels werden seit Jahrzehnten von dieser Seite thematisiert. Inzwischen haben sich flächendeckend integrierte Ansätze für Entwicklungskonzepte für ländliche Räume etabliert, in die auch kulturelle Aspekte und Kulturakteure im ländlichen Raum einbezogen werden. Nicht selten sind auch Stiftungen, Forschungsinstitute, Kommunen, Verbände oder Bildungseinrichtungen Initiatoren einer inzwischen breit angelegten Debatte. Hier muss und kann sich Kulturpolitik stärker einbringen. Hierfür bietet die Demografiestrategie der Bundesregierung einen geeigneten Ansatz; denn in ihrem Rahmen soll ein umfassender und kontinuierlicher Dialogprozess zwischen allen staatlichen Ebenen, Wirtschaft, Sozialpartnern und gesellschaftlichen Akteuren unter Einbindung der Menschen vor Ort initiiert werden, um »die unterschiedlichen Perspektiven und Gestaltungsansätze zum demografischen Wandel zusammenzuführen« (www.demografie-portal.de).

Vor diesem Hintergrund hat die BKM eine Studie des Instituts für Kulturpolitik finanziert, die eine Bestandsaufnahme von Fördermöglichkeiten für Aktivitäten und Infrastrukturen in ländlichen Räumen liefert, um jenen dialogorientierten, Ressourcen bündelnden und Strategien optimierenden Ansatz zu qualifizieren. In dieser Studie werden 51 Programme des Bundes, der Länder (inkl. der von ihnen verwalteten Struktur- und Investitionsfondsmittel der EU) sowie anderer öffentlicher und privater Träger untersucht, die Maßnahmen zur Bewältigung der Folgen des demografischen Wandels im ländlichen Raum fördern und zugleich geeignet sind, auch kulturelle Vorhaben zu unterstützen.

Die in einer Synopse erfassten Förderinstrumente werden hinsichtlich ihrer Zielsetzungen, insbesondere zugunsten der Themen »demografischer Wandel«, »Engagement« sowie »Kultur«, hinsichtlich der Träger- und Umsetzungsstrukturen sowie der angesprochenen Akteure und der Förderarten geclustert und analysiert. Daraus abgeleitet werden Empfehlungen für konkrete Handlungsansätze für die BKM, mit denen sie kulturelle Aspekte in die bundesweiten Bemühungen um adäquate Antworten auf den demografischen Wandel einbringen kann. Unter anderem werden Förderprogramme anderer Ressorts aufgezeigt, die nicht dezidiert Kulturförderung leisten, aber – bei einer möglichen Anpassung der Förderrichtlinien – für die Entwicklung der kulturellen Lebensqualität und Infrastruktur genutzt werden können. Zudem werden konkrete strukturelle und inhaltliche Ansätze für die ressortübergreifende Zusammenarbeit und den Mehrebenendialog aufgezeigt, aus denen neue gemeinsame Förderinstrumente entstehen können.

Um die Passgenauigkeit und die mögliche Wirkung von Förderprogrammen beurteilen zu können, werden einleitend die demografische Entwicklung und deren Auswirkung auf die Kultur in ländlichen Räumen analysiert, die Strukturen der Kulturpolitik untersucht und kulturpolitische Handlungsoptionen aufgezeigt. Konkretisiert wird dieser Bedingungs- und Optionsrahmen durch die Darstellung von 20 Kulturprojekten, -initiativen, -einrichtungen und -angeboten, die als modellhaft angesehen werden können für einen nachhaltigen und zukunftsweisenden Umgang mit dem demografischen Wandel im ländlichen Raum und für die Wirkungsmöglichkeiten der lokalen/regionalen Akteure.

*Christine Wingert*

Besuchen Sie uns im Internet!
**www.kupoge.de**
Publikationen – Nachrichten – Chronik – Bibliografie – weiterführende Links

# Compendium of Cultural Policies and Trends in Europe – Länderportrait Deutschland

Das Compendium ist ein Online-Informationssystem, das einen jährlich aktualisierten Überblick über die Strukturen der Kulturpolitik sowie kulturpolitischen Entwicklungen und Diskussionen in 41 Ländern Europas und in Kanada auf seiner Homepage www.culturalpolicies.net bietet.

Das transnationale Projekt geht auf eine Initiative des Europarates zurück und wird seit 1998 als joint venture vom Europäischen Institut für vergleichende Kulturforschung (ERICarts) und dem Europarat geführt. Es wurde in Zusammenarbeit mit zahlreichen AutorInnen aus den verschiedenen beteiligten Ländern erarbeitet und wird seither ständig weiterentwickelt. So bildete das Compendium auch den Ausgangspunkt für eine vom IFACCA verantwortete Online-Plattform WORLD-CP, in der neben ausgewählten europäischen Länderprofilen – darunter auch Deutschland – auch Länderprofile aus Asien, Südamerika, Afrika und Australien offeriert werden.

Das Herzstück des Compendiums of Cultural Policies and Trends in Europe bilden die 42 Länderprofile. Sie umfassen jeweils etwa 50 bis 70 Seiten und sind in englischer Sprache sowie teilweise auch in den jeweiligen Nationalsprachen verfügbar. Die Profile bieten Einblicke in die Kulturpolitikstrukturen, aktuelle Entwicklungen und kulturpolitische Debatten, außerdem enthalten sie aktuelle kulturstatistische Daten der jeweiligen Länder. Alle Profile sind nach der gleichen Systematik aufgebaut: 1. historische Perspektive, 2. Aufbau und Entscheidungsstrukturen, 3. Ziele und Grundsätze, 4. aktuelle Themen, 5. gesetzliche Grundlagen, 6. Kulturfinanzierung, 7. Kulturinstitutionen, 8. Förderung künstlerischer Kreativität und 9. Weitere Informationen. Auf der Onlineplattform wird die Möglichkeit angeboten, für einzelne Kapitel vergleichende Abfragen für vom Nutzer auszuwählende Länder vorzunehmen.

Darüber hinaus bietet die Internetseite Informationen zu aktuellen kulturpolitischen Themen wie beispielsweise Kultur und Demokratie, kulturelle Teilhabe, cultural diversity, Situation der KünstlerInnen oder Ethik und Menschenrechte im Kontext der Kulturpolitik. Für diese Themen werden jeweils die Einbindung in die Kulturpolitik der Länder, informative tabellarische Länderübersichten und teilweise Good-Practice-Beispiele dargestellt. Weitere Übersichten, wie etwa der Vergleich der öffentlichen Kulturfinanzierung anhand der Pro-Kopf-Ausgaben für Kultur oder Hinweise zu kulturpolitischen Aktivitäten in Europa, runden die informative Materialsammlung ab.

Die Online-Plattform bietet damit kostenlose Informationen für eine breite Nutzerschaft von Akteuren aus Kulturpolitik, Kulturverwaltung, Kulturstatistik, Kulturmanagement, für WissenschaftlerInnen, PraktikerInnen, JournalistInnen und Studierenden.

Die einzelnen Länderprofile werden von ein bis zwei AutorInnen aus den jeweiligen Ländern verfasst. Die Autorengruppen sind teilweise an den Ministerien angesiedelt, teilweise an Universitäten und Forschungsinstituten. Der Bericht über Deutschland ist in Abstimmung mit den zuständigen Bundesministerien und der KMK vom Institut für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft verfasst worden und wird jährlich von der Autorin aktualisiert.

Während 2013 der Schwerpunkt auf dem Thema »Kultur und Demokratie in Zeiten der Digitalisierung« lag, stand auf dem AutorInnentreffen im Dezember 2014 im Rahmen der belgischen Ratspräsidentschaft in Brüssel die Diskussion möglicher Indizes für Monitoringprozesse der Kulturpolitik in Europa im Fokus.

Das 70-seitige kulturpolitische Länderprofil Deutschlands ist neben der englischen Version auch in deutscher Sprache auf der Homepage des Compendiums unter www.culturalpolicies.net/web/countries-profiles-download.php abrufbar.

*Ulrike Blumenreich*

# Stadtteilkulturarbeit in Hannover

Die beiden ältesten Stadtteilkultureinrichtungen in Hannover feierten in den letzten Jahren ihren 50. Jahrestag, 2011 das Freizeitheim Linden, in diesem Jahr das Freizeitheim Vahrenwald. Die lange Tradition der Stadtteilkulturarbeit in Hannover war Anlass für die Landeshauptstadt Hannover, gemeinsam mit den inzwischen 23 kommunal geförderten Stadtteilkultureinrichtungen eine Gesamtschau des Status Quo und zugleich Perspektiven für die weitere Arbeit zu entwickeln. Eine Besonderheit der hannoverschen Stadtteilkulturarbeit ist ihre Vielfalt hinsichtlich der Angebote, der Größe und der Trägermodelle der Stadtteilkultureinrichtungen. Zehn kommunale Stadtteilkulturzentren und 13 vereinsgetragene Einrichtungen, die in mehr oder weniger enger Anbindung an die Stadtverwaltung agieren, bilden zusammen ein engmaschiges Netz an Orten für kulturelle und soziale Teilhabe in der Stadt.

Aufgabe des Instituts für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft e.V. war es, im Auftrag des

Fachbereichs »Bildung und Qualifizierung« (Bereich »Stadtteilkulturarbeit«) der Landeshauptstadt Hannover die aktuellen Themen, Entwicklungspotenziale und -hemmnisse in den Stadtteilkultureinrichtungen gemeinsam mit diesen herauszuarbeiten. Zwei konkrete Fragen wurden seitens der Kulturverwaltung gestellt: die Frage nach möglichen neuen Angeboten und der Erweiterung der Zielgruppen der Stadtteilkultureinrichtungen einerseits und die Frage nach neuen Kooperationsformen zwischen Einrichtungen untereinander sowie mit der Stadtverwaltung, mit denen sich die vorhandenen Potenziale besser nutzen ließen, andererseits. Vor diesem Hintergrund ging es zudem generell darum, mit der Studie einen Dialog zwischen Stadtteilkultureinrichtungen und Stadtverwaltung und letztlich auch mit der Politik anzustoßen und hierfür die drängenden Themen zu identifizieren.

Die Komplexität der Fragestellungen erforderte den Einsatz unterschiedlicher Methoden. Es wurden vorrangig dialogische Verfahren gewählt, bei denen die Beteiligten Themen aufbringen und vertiefen konnten. Über 60 Mitarbeiter/innen der 23 Stadtteilkultureinrichtungen Hannovers, hauptamtlich wie ehrenamtlich Tätige, nahmen mit ihren unterschiedlichen Interessen, Erwartungen und professionellen Hintergründen an einer Befragung, an Workshops und zentralen Veranstaltungen teil. Daneben fanden mehrere Einzelgespräche mit Mitarbeiter/innen der Stadtverwaltung statt.

Neben den seitens der Stadtverwaltung gesetzten Themen Angebotsentwicklung und Zielgruppenorientierung sowie Vernetzung der Stadtteilkultureinrichtungen und Dialog mit Verwaltung und Politik arbeitete das IfK mit den Stadtteileinrichtungen folgende weitere virulente Handlungsfelder heraus: die Profilierung der Stadtteilkulturarbeit in Hannover, aber auch für den bundesweiten Fachaustausch, die Qualifizierung der Öffentlichkeitsarbeit der Einrichtungen und die Organisation der Weiterbildung in sowie des Wissenstransfers zwischen den Einrichtungen. Diskutiert wurden zudem die Rahmenbedingungen der Stadtteilkulturarbeit, insbesondere die finanziellen, personellen und baulichen Gegebenheiten und Bedarfe.

Das konkreteste Ergebnis der Studie des IfK ist der Wunsch aller Stadtteilkultureinrichtungen, in einen regelmäßigen Austausch miteinander und mit der Kulturverwaltung (Bereich »Stadtteilkulturarbeit«) zu treten. Eine früher bereits praktizierte regelmäßige Gesprächsrunde wurde wieder installiert; hier wird nun auf der Grundlage der Studie ein konkreter Handlungsplan für die genannten Themenbereiche erarbeitet. Gemeinsam mit der LAGS Niedersachsen wurde bereits ein Fortbildungsplan ausgearbeitet.

Der Bericht wurde im April 2015 im Kulturausschuss der Stadt Hannover behandelt. Dort lag das Augenmerk insbesondere auf Fragen der notwendigen Sanierung älterer Einrichtungen, die in der Studie am Rande thematisiert wurde. Zudem hat das Kulturdezernat der Stadt Hannover einen »Werkstattbericht Stadtteilkulturarbeit Hannover« veröffentlicht – eine Broschüre, die eine knappe Zusammenfassung der Ergebnisse der Studie für eine breite Öffentlichkeit aufbereitet.

*Christine Wingert*

# *Entwicklungskonzept Soziokultur für die Stadt Braunschweig*

Ziel der Beratung durch das IfK der Kulturpolitischen Gesellschaft und der durch sie beauftragten Experten Reinhold Knopp und Jochen Molck war es, aufbauend auf den Vorarbeiten die Rahmenbedingungen für ein soziokulturelles Entwicklungskonzept in einem offenen Prozess zu klären und einen Rahmenvorschlag für ein soziokulturelles Zentrum vorzulegen.

Die Stadt Braunschweig hat, das haben Gespräche und Workshops vor Ort ergeben, neben dem Staatstheater, den Museen und großen privatwirtschaftlichen Anbietern, eine lebendige freie Kulturszene, die allerdings nicht immer den vielfältigen Aktivitäten angemessen zur Geltung kommt. Dazu gehören u.a. ein soziokulturelles Zentrum, die Musik- und Theaterszene, Hochschulen mit künstlerischer Ausrichtung sowie ein umfangreiches Stadtteilkulturangebot. Das soziokulturelle Entwicklungskonzept macht Vorschläge, wie mit entsprechender finanzieller Ausstattung diese vorhandenen Potenziale für die Stadtkultur besser nutzbar gemacht werden können. Dazu sind sowohl die Verbesserung der Strukturen für Kommunikation, Vernetzung und Zusammenarbeit als auch Fördermaßnahmen notwendig.

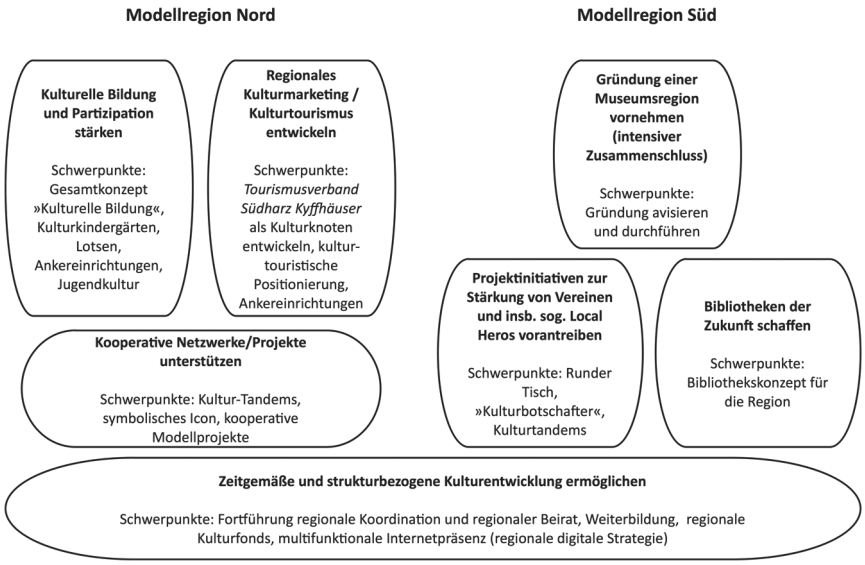
Die Recherchen haben zudem ergeben, dass ein weiteres soziokulturelles Zentrum (mit anderem inhaltlichen Schwerpunkt und anderer Lage) ein wesentlicher Baustein des Entwicklungskonzeptes ist, um neu entstandene Bedarfe abzudecken und Impulse für die gesamtstädtische Kulturarbeit zu geben. Darüber hinaus sollte das Zentrum die kulturellen Eigenaktivitäten im Stadtteil unterstützen und initiieren, ohne dabei den gesamtstädtischen Bezug zu verlieren. Unabhängig davon geht es außerdem um die Schaffung einer Veranstaltungshalle mit Schwerpunkt auf mittelgroße Konzerte, um die vielfach geäußerten Bedarfe in diesem Segment abzudecken. Ein Betreiberkonzept basierend auf »public private partnership« bietet die Möglichkeit einer sinnvollen Ergänzung des soziokulturellen Entwicklungskonzeptes.

*Marc Grandmontagne*

**Kulturentwicklung in Thüringen**

Einer Empfehlung des 2012 verabschiedeten Kulturkonzeptes für den Freistaat Thüringen folgend, wurden 2013 seitens des Thüringer Ministeriums für Wissenschaft, Bildung und Kultur (heute: Thüringer Staatskanzlei) zwei Modellregionen ausgewählt, in denen die Erarbeitung von interkommunalen Kulturentwicklungskonzeptionen gefördert wurde. Aus einem großen Bewerberkreis gingen damals die Landkreise Hildburghausen und Sonneberg sowie der Kyffhäuserkreis und der Landkreis Nordhausen als Gewinnerpaare hervor. Das Institut für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft wurde mit der Durchführung der Planungsprozesse beauftragt, unterstützt von externen Moderatoren und Gutachtern. Das Projekt endete offiziell mit einer überregionalen Präsentation der Ergebnisse im April 2015 im Rahmen des 5. Thüringer Kulturforums in Arnstadt.

**Abb.: Handlungsfelder für eine transformative Kulturentwicklung in den beiden Thüringer Modellregionen**




Der Fokus lag auf mitbestimmungsorientierten Verfahren, die eine intensive Vernetzung der Kulturakteure sowie die Stärkung von Schnittstellen von Kunst und Kultur zu anderen gesellschaftlichen Feldern zur Folge haben sollte, um dringende Veränderungsprozesse anzustoßen und ein frisches Nachdenken über Kunst und Kultur zu ermöglichen. Vergleichbar umfängliche Analyse- und Partizipationsprozesse wie diese, an denen eine Vielzahl von Interessierten sowie Experten jeglicher Kulturfelder und zahlreicher anderer Gesellschaftsbereiche beteiligt waren, hat es in der Bundesrepublik bislang nur wenige gegeben. Insgesamt wurde seit dem Frühjahr 2014 ein Mix an Methoden angewendet, der einerseits die Aktivierung, Partizipation und Selbstermächtigung heterogener Akteursgruppen ermöglichte und andererseits den Gesamtprozess empirisch unterlegte, damit an dessen Ende kulturpolitische Entscheidungen getroffen werden können, die möglichst breit durch die Kulturakteure getragen und gemeinsam umgesetzt werden. Dieser reichte von der Einrichtung regionaler Beiräte und eines Landesbeirates als prozessbegleitende Diskursforen, regionalen Koordinationsstellen, über Struktur- und Finanzanalysen, Bestandsaufnahmen, beteiligungsorientierten Netzwerkanalysen, Gruppengesprächen mit Kulturpolitik und -verwaltung sowie einzelnen Akteurs- und Bürgergruppen, leitfadengestützten Experteninterviews bis hin zu jeweils drei großangelegten öffentlichen Kulturworkshops zu Schwerpunktthemen, die den Nucleus des partizipativen Prozesses bildeten.

**Ausgangssituationen in den Modellregionen**

Im Mittelpunkt der Analysen stand der trisektorale Blick auf die kulturelle Infrastruktur – hier ist Thüringen aufgrund der Kleinstaaterei vor 1918 von einer besonderen kulturellen Dichte geprägt, die selbstredend Potenziale wie Herausforderungen anbietet und damit wie ein Brennglas auf die virulenten Fragestellungen an eine gegenwartsbezogene Kulturpolitik in Zeiten des gesellschaftlichen Wandels wirkt.

Neben den gängigen Bereichen wie Soziodemografie und wirtschaftliche Entwicklung wurden vor allem kulturbezogene Merkmale analysiert. So sind zum Beispiel die öffentlichen Mittel in beiden Modellregionen fast ausschließlich in den größeren Gemeinden und in einzelnen Kultureinrichtungen gebunden. Diese Situation führt dazu, dass sich die Schere zwischen den wenigen städtischen »Zentren« und den Gemeinden im ländlichen Raum immer weiter öffnet und die Allokation der Mittel kaum Raum für die Unterstützung neuer Initiativen zulässt. Der Handlungsspielraum der Kulturförderempfänger ist gering, da sie teilweise bereits »auskonsolidiert« sind und die Erfüllung ihrer Kernaufgaben nur noch bedingt leisten können. Evident ist außerdem die Situation, dass es nahezu flächendeckend kaum noch (Haupt-) Verantwortliche für Kunst und Kultur in den öffentlichen Verwaltungen gibt. Es fehlt an Ansprechpartnern und aufgrund zunehmender Vernetzungserfordernisse an entsprechenden »Zwischenraummanagern«.

# *Kulturelle Transformation – Durchführung von zwei partizipativen Kulturplanungsprozessen in Thüringer Modellregionen*

Vor diesem Hintergrund war das einhellige Votum aller Beteiligten, dass ein ›weiter wie bisher‹ keine Option darstellt. Dieser Konsens war der entscheidende Triebmotor, kollektiv und durchaus mutig an Veränderungsmaßnahmen zu arbeiten, die sich den Namen Transformation in den kommenden Jahren tatsächlich verdienen können.

**Handlungsbereiche als Spiegel aktueller Transformationsfelder im Kulturbereich**

Durch die Verbindung der Ergebnisse aus den Struktur- und der Kulturbereichsanalysen mit den dialogischen Aushandlungsverfahren wurden Wege und Möglichkeiten sichtbar gemacht, mit den vorhandenen Mitteln zukünftig ein Mehr an kooperativem Handeln zu ermöglichen. Anders als bei zahlreichen bisherigen Kulturplanungsprozessen wurde der Fokus allerdings nicht auf alle potenziellen Themen- und Handlungsfelder im Kulturbereich gerichtet – denn diese können in der Regel schnell mehrere hundert Seiten füllen –, sondern es wurden von Anbeginn Schwerpunkte fokussiert. Damit wurde einer Überlastung der Akteure im Hinblick auf die Umsetzbarkeit und Prioritätenbildung vorgebeugt und eine Konzentration auf zentrale Handlungsfelder ermöglicht.

**Transformation statt Abbau- oder Wachstumsparadigmen**

Der Kulturentwicklungsprozess war davon determiniert, den Fokus auf vorhandene endogene Potenziale zu lenken und sich weder mit Abbau- noch mit Wachstumsparadigmen zu befassen. Es dürfte inzwischen Klarheit darüber herrschen, dass mit beiden Ansätzen wenig zu erreichen ist. Diese Haltung führte zu einem großen Engagement und zugleich einer Veränderungsbereitschaft der (Kultur-)Akteure vor Ort. Dem Prozess ist es anscheinend gelungen, alle Interessen- und Bezugsgruppen in ein Boot zu holen und weniger Besitzstandswahrungsdebatten zu führen, sondern eine Verständigung darüber anzuregen, was Kunst und Kultur in einer modernen und von Globalisierung geprägten Gesellschaft erreichen/beitragen können und wie Vorhandendes dafür – gepaart mit neuen Impulsen und großen, auch strukturellen, Veränderungen – die Grundlage bilden kann.

Die Kulturkonzepte und weiteres Material können auf den Projektwebsites www.kulturkonzept-hbn-son.de und www.kulturkonzept-kyf-ndh.de eingesehen und heruntergeladen werden.

*Patrick S. Föhl*

# *Art but fair*

Klassische Beschäftigungsverhältnisse nehmen ab. Die Kassen der Kommunen leeren sich. Das Resultat dieser und anderer Entwicklungen: Immer mehr Missstände prägen die Arbeitsbedingungen der Künstler in der Musik und darstellenden Kunst, eindrücklich belegt durch einen kollektiven Aufschrei der Künstler, genau genommen durch einen Social-Media-Aufschrei. Unter dem Motto Artbutfair haben sich 2013 tausende Künstler im Internet zusammengefunden, um die Missstände in ihren Arbeitsbedingungen offenzulegen und die Forderung zu stellen: Kunst ja, aber bitte zu fairen Konditionen! Es ist eine politische Erklärung mit Ausrufezeichen.

Seitdem wurde viel über Artbutfair diskutiert. In Deutschland, Österreich und der Schweiz gründeten sich entsprechende Vereine. Deren Botschaft ist im Kern einfach: Verantwortung muss jeder Einzelne übernehmen. Die Schuld an schlechten Arbeitsbedingungen lässt sich nicht alleine der Politik zuschieben und ebenso wenig den Arbeitgebern oder Künstlern. Vielmehr sollte jeder einzelne Akteur des Kultursektors, vom Künstler bis zum Kulturkonsument, sein Möglichstes tun, um die Arbeitsbedingungen fairer zu gestalten.

Doch welche Möglichkeiten haben die einzelnen Akteure, um zu fairen Arbeitsbedingungen beizutragen? Und wie lassen sich diese Akteure dazu motivieren, ihre Möglichkeiten nicht nur anzuerkennen, sondern auch auszuschöpfen? Die Artbutfair-Studie, die seit Sommer 2014 von der Kulturpolitischen Gesellschaft erarbeitet und von der Hans-Böckler-Stiftung finanziert wird, möchte diese Fragen näher untersuchen und dadurch einen Beitrag zur Diskussion darüber leisten. In einem ersten Schritt wird untersucht, welche Missstände in den Arbeitsbedingungen bestehen und welche Akteure zu deren Behebung beitragen können. In einem zweiten Schritt geht es darum, wie die einzelnen Akteure dazu motiviert werden könnten, ihre Möglichkeiten zur Milderung einzelner Missstände wahrzunehmen. Neben Selbstverpflichtungen der Akteure wird die Studie weitere Möglichkeiten herausarbeiten.

Als primäre Datenquellen für die Studie dienen Experteninterviews und eine Umfrage. Darüber hinaus greift die Studie auf die bisherige Forschung zur Arbeitssituation der Künstler und auf die Erfahrungsberichte auf den zwei Artbutfair-Facebookseiten zurück. Inhaltlich beschränkt sie sich auf die Musik und die darstellende Kunst; geografisch konzentriert sie sich auf die Bundesrepublik Deutschland, berücksichtigt aber auch einige Ergebisse aus Österreich und der Schweiz. Die Studie wird im Spätsommer 2015 veröffentlicht.

*Maximilian Norz*

# *MitarbeiterInnen des Instituts für Kulturpolitik (IfK)*

## Wissenschaft und Publizistik

### *Dr. Norbert Sievers*

geb. 1954; Studium der Soziologie in Bielefeld; seit 1982 erst Sekretär, später Geschäftsführer, jetzt Hauptgeschäftsführer der *Kulturpolitischen Gesellschaft e.V.*; darüber hinaus Geschäftsführer des *Fonds Soziokultur,* Sprecher der *AG Bundeskulturfonds* und ständiger Gast im Kulturausschuss des *Deutschen Städtetages*.

### *Marc Grandmontagne*

geb. 1976, Studium der Rechts- und Politikwissenschaften in Deutschland und Italien (Ass. iur. und M.A.), 2006 parlamentarischer Mitarbeiter im Europäischen Parlament, von 2007 bis 2010 Leiter des Büros der Geschäftsführung der Kulturhauptstadt Europas RUHR. 2010 GmbH, von 2010 bis 2013 Programmleiter Bildung (u.a.) bei der Stiftung Mercator. Seit 2013 Geschäftsführer der *Kulturpolitischen Gesellschaft e.V.*

### *Ulrike Blumenreich*

geb. 1974; Studium der Angewandten Kulturwissenschaften an der *Universität Lüneburg* und der *Högskolan Växjö* (Schweden); 1995–1999 freie Mitarbeiterin der Kulturveranstaltungshalle *Vamos* in Lüneburg; seit 1999 wissenschaftliche Mitarbeiterin des *IfK,* stellv. Sprecherin im Rat für Soziokultur des *Deutschen Kulturrats*.

### *Ralf Brünglinghaus*

geb. 1957; Studium der Politologie und Soziologie an der *Rheinischen Friedrich-Wilhelm-Universität* Bonn; Musiker, Ausbildung zum Systemprogrammierer; Anfang der neunziger Jahre freiberuflicher Mitarbeiter des *Zentrums für Kulturforschung*; dann Angestellter des *Deutschen Kulturrats;* seit Juli 2000 Mitarbeiter des *IfK*.

### *Jörg Hausmann*

geb. 1954; Studium der Geschichte, Sozialwissenschaften und Erziehungswissenschaften an der *Ruhr-Universität Bochum*; 1. und 2. Staatsexamen; Tätigkeiten in diversen historischen Projekten und Kulturinitiativen; seit 1991 wissenschaftlicher Mitarbeiter der *Kulturpolitischen Gesellschaft e.V.* beziehungsweise des *IfK*.

### *Janine Huge*

geb. 1981; Magisterstudium der Regionalwissenschaften Nordamerika, Kunstgeschichte und Politischen Wissenschaft an der *Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität* Bonn und der *Libera Università Maria SS. Assunta* (Lumsa) Rom; verschiedene frei- und nebenberufliche Tätigkeiten; seit 2012 Mitarbeiterin beim IfK.

### *Franz Kröger*

geb. 1957; Studium der Sozialwissenschaften und Geschichte an der *Universität Bielefeld*; 1. und 2. Staatsexamen; seit 1986 freie Mitarbeit und ABM, seit 1990 feste wissenschaftliche Tätigkeit bei der *Kulturpolitischen Gesellschaft* beziehungsweise beim *IfK*.

### *Christine Wingert*

geb. 1967; Studium der Kultur- und der Kunstwissenschaft sowie Französisch in Bremen und Tübingen; 1995–2000 Kulturbeauftragte der Gemeinde Worpswede; verschiedene frei- und nebenberufliche Tätigkeiten; seit 2002 wissenschaftliche Mitarbeiterin des IfK, von 2004–2008 Referentin im *Cultural Contact Point Germany*, seit 2008 Leiterin der *Kontaktstelle Deutschland »Europa für Bürgerinnen und Bürger« bei der Kulturpolitischen Gesellschaft e.V.* (Schwerpunkte: EU-Förderung für bürgerschaftliches Engagement, europäische Kulturpolitik, kommunale Kulturarbeit und regionale Kooperation).

## Verwaltung

### *Ute Disch*

geb. 1958; seit 2014 Verwaltungsleitung (Haushalt, Controlling, Personal, Finanzbuchhaltung) der *Kulturpolitischen Gesellschaft e.V.* und des *IfK*.

### *Katrin Hüfner*

geb. 1955; Studium der Geographie und Anglistik für das Lehramt Sek. I an der *Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn*; 1. und 2. Staatsexamen; Leitung des Sekretariats des BWL-Lehrstuhls von Professor Dr. Horst Albach an der *Universität Bonn*, danach der Geschäftsführung der *POWELL GmbH & CO* im Bereich PEKATEX, des *Deutschen Notarvereins* und seit April 1999 der *Kulturpolitischen Gesellschaft e.V.* und des *IfK*.

## Freie Mitarbeiter

### *Dr. Patrick S. Föhl*

geb. 1978; Leiter des Netzwerks für Kulturberatung, Berlin und der Forschunsgruppe »Regional Governance im Kulturbereich« am Studiengang Kulturarbeit der *FH Potsdam*. Vorstandsmitglied des *Fachverbands Kulturmanagement*, zahlreiche Publikationen in den Bereichen Kulturpolitik und Kulturmanagement, seit 2012 freier Mitarbeiter des *IfK*.

### *Katharina Kucher*

geb. 1984; Studium des Kultur- und Medienmanagements (M.A.) an der Hochschule für Musik und Theater Hamburg; Tätigkeiten am Deutschen Theater Berlin, der Schaubühne sowie dem Kabaretttheater Die Wühlmäuse; verschiedene freiberufliche Tätigkeiten als Kulturmanagerin; seit 2014 freie Mitarbeiterin des IfK.

### *Maximilian Norz*

Maximilian Norz, geb. 1986; Studium der Betriebswirtschaftslehre und Geschichtswissenschaften in Tübingen und Berlin. Seit 2012 Mitarbeiter am Global Public Policy Institute in Berlin. Für die Kulturpolitische Gesellschaft leitete er das Verfassen der artbutfair-Studie in 2014 und 2015.

# Publikationen von MitarbeiterInnen 2014

*Dr. Norbert Sievers*

»Kulturelle Bildung zwischen Staat, Markt und Zivilgesellschaft«, in: Hildegrad Bockhorst, Isabelle Reinwand; Wolfgang Zacharias (Hrsg.): Handbuch Kulturelle Bildung, München: kopaed, S. 382–388

»Aktivierende Kulturpolitik. Begründungen, Gelingensbedingungen, Risiken«, in: Festschrift für Rainer Treptow

»Kreativitätsdipositiv & Kulturpolitik«, in: Kulturpolitische Mitteilungen 141, II/2013, S. 22–23

»Königskinder. Von der Kulturpolitik über das ulturmanagement und zurück«, in: Kulturpolitische Mitteilungen 143, IV/2013, S. 28–30

»Kulturpolitik ist Interessenpolitik. Die Rolle der Verbände in der Zivilgesellschaft«, in: Max Fuchs, Gerd Taube, Wolfgang Zacharias (Hrsg.): Kulturelle Bildung für alle! Analysen, Standpunkte, Konzepte aus 33 Jahren Engagement für kulturelle Teilhabe, München: kopaed, S. 412–427

(zus. mit Patrick S. Föhl) »Kulturentwicklungsplanung. Zur Renaissance eines alten Themas der Neuen Kulturpolitik«, in: Norbert Sievers, Ulrike Blumenreich, Patrick S. Föhl (Hrsg.): Jahrbuch für Kulturpolitik 2013, Thema: Kulturpolitik und Planung, Bonn/Essen: Kulturpolitische Gesellschaft/Klartext, S. 63–83

*Ulrike Blumenreich*

»Bestandsaufnahme der kulturellen Infrastruktur der Modellregion Kyffhäuserkreis und Landkreis Nordhausen«, 125 S.

»Bestandsaufnahme der kulturellen Infrastruktur der Modellregion Landkreis Hildburghausen und Landkreis Sonneberg«, 145 S.

»›We are inbetween‹. Rückblick auf die 8. ICCPR in Hildesheim«, in: Kulturpolitische Mitteilungen 147, IV/2014, S. 56–57

(zus. mit Norbert Sievers) »Nachhaltige Impulse für die Kulturszene. Ein Vierteljahrhundert Projektförderung des Fonds Soziokultur«, in: Fonds Soziokultur e. V. (Hrsg.): Kultur besser fördern, 25 Jahre Fonds Soziokultur, Bonn: Selbstverlag 2014, S. 22–37

*Franz Kröger*

(zus. mit Norbert Sievers) »Akteure und Programme der innerstaatlichen Zusammenarbeit«, in: Wolfgang Schneider, Jean-Pierre Saez, Marie-Christine Bordeaux, Christel Hartmann-Fritsch (Hrsg.): Das Recht auf Kulturelle Bildung. Ein deutsch-französisches Plädoyer, Schriftenreihe Kunst- und Kulturvermittlung in Europa, Band 1, Berlin/Kassel, B&S Siebenhaar Verlag 2014, S. 190–209

»Soziokultur ist historisch«, in: Fonds Soziokultur e.V. (Hrsg.): Kultur besser fördern. 25 Jahre Fonds Soziokultur, Bonn: Selbstverlag 2014, S. 162–163

*Christine Wingert*

»Kulturhauptstädte Europa 2020 bis 2033. Die EU-Mitgliedstaaten verteidigen ihre Entscheidungshoheit«, in: Kulturpolitische Mitteilungen 144, I/2014, S. 26–27

# Vorträge von MitarbeiterInnen 2014

*Dr. Norbert Sievers*

20.2. **Kulturpolitik und Statteilkultur. Zur Aktualität eines alten Themas der Neuen Kulturpolitik**
Vortrag auf der Auftaktveranstaltung zum Projekt »Stadtteilkulturarbeit in Hannover«

1.4. **Chancen, Möglichkeiten, Hemmnisse: Anforderungen aus der Sicht von Akteuren**
Statement beim Expertenhearing »Kulturpolitische Herausforderungen für Köln« der SPD-Fraktion der Stadt Köln im Museum für angewandte Kunst in Köln

2./3.6 **Neue Player – Neue Freunde?**
Statement zur Tagung »Vermessung kultureller Bildung. Streitfälle« in der Akademie Remscheid

16.9. **Was ist und zu welchem Zweck brauchen wir anwendungsbezogene Kulturpolitikforschung?**
Eröffnungsstatement zur Konferenz »Kultur und Medien: Mit Forschung im Gespräch« der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien im Haus der Geschichte in Bonn

18.9. **Neue Ansätze und Formate der Kulturarbeit. Erkenntnisse aus 25 Jahren Projektförderung des Fonds Soziokultur**
Hauptvortrag im Rahmen der Tagung des Fonds Soziokultur »Kultur besser fördern. 25 Jahre Projektförderung Fonds Soziokultur e.V.« im Pavillon in Hannover

24.9. **Modellprojekte Kultureller Bildung: Qualität, Nachhaltigkeit, Potential und Wirkung**
Statement zu den Programmen »Kunstschule 2020« und »Wir machen die Musik« des Landes Niedersachsen im Rahmen des Abschlusskolloquiums in der Bundesakademie Wolfenbüttel

*Ulrike Blumenreich*

12.4. **Studying Cultural Mediation + Labour Market for Cultural Mediation**
Vortrag auf dem »Workshop on Bildung, Art and Education« der European Academy of Cultural Affairs und des Institute of SocioEconomics in München

6.5. **Studium – Arbeitsmarkt – Kultur**
Lehrveranstaltung im Masterstudiengang »Kulturpädagogik und Kulturmanagement« an der Hochschule Niederrhein in Mönchengladbach

12.6. **Konzeptbasierte Kulturpolitik in den Bundesländern. Eine Bestandsaufnahme**
Vortrag auf der internationalen Fachkonferenz »Kultur und Kulturpolitik in Polen und Deutschland nach der Wende« vom Instytut Zachodni und der Kulturpolitischen Gesellschaft in Posen

11.9. **Designing Cultural Policy Framework in Germany**
Vortrag auf der 8. International Conference on Cultural Policy Research in Hildesheim

28.10. **Arbeitsmarkt Kultur**
Vortrag im Rahmen einer Veranstaltungsreihe zur Berufsfeldorientierung an der Fachhochschule Düsseldorf

*Christine Wingert*

23.9. **»Stadtteilkulturarbeit in Hannover – Schnittmengen«**
Dialogveranstaltung »Stadtteilkulturarbeit in Hannover«

# *Publikationen des Instituts für Kulturpolitik und der Kulturpolitischen Gesellschaft e.V. 2014*

**Kulturpolitische Mitteilungen**
Zeitschrift für Kulturpolitik, herausgegeben vom Vorstand der Kulturpolitischen Gesellschaft e.V., Bonn

- Heft 144, I/2014: Kulturpolitik & Planung
- Heft 145, II/2014: Kreatives Prekariat
- Heft 146, III/2014: Das Kulturfördergesetz
- Heft 147, IV/2014: Freies Theater

**Materialien**
Institut der Kulturpolitischen Gesellschaft (Hrsg.): Inklusive Kulturelle Bildung und Kulturarbeit, Bonn 2014, Materialien Heft 14, 48 Seiten, 10 Euro (Schutzgebühr), ISBN 978-3-923064-05-2

# *Veranstaltungen 2014 von KuPoGe und IfK*

*9. bis 10. Januar 2014 – Berlin*
**»Mind the gap!« – Zugangsbarrieren zu kulturellen Angeboten und Konzeptionen niedrigschwelliger Kulturvermittlung**
Kooperation mit Universität Hildesheim, Kulturloge Berlin, Paritätischer Wohlfahrtsverband Berlin, Deutsches Theater Berlin

*15. Januar 2014 – Schwerin*
**PERSPEKTIVEN – Kulturland MV?!**
Regionalgruppe Mecklenburg-Vorpommern und Ständige Konferenz der Intendanten MV

*16. bis 18. Januar 2014 – Kufstein (A)*
**Dispositive der Kulturfinanzierung 8. Jahrestagung des Fachverbands Kulturmanagement**
Kooperation mit Fachverband Kulturmanagement

*24. Januar 2014 – Köln*
**4. Kölner Kulturpolitisches Symposium – Bürgerbeteiligung und Kultur**
Kooperation mit Kölner Kulturrat e.V. und Kulturdezernat der Stadt Köln

*12. Februar 2014 – Cottbus*
**Hype oder Hoffnung Teil II – Ein Gespräch zu Chancen und Risiken kultureller Bildung**
Regionalgruppe Berlin-Brandenburg in Zusammenarbeit mit dkw.kunst. museum.dieselkraftwerk.cottbus

*21. bis 23. Februar 2014 – Loccum*
**Kreatives Prekariat – Wie lebt es sich von und mit der Kunst? 59. Loccumer Kulturpolitisches Kolloquium**
Kooperation mit Evangelischen Akademie Loccum

*17. März 2014 – Frankfurt am Main*
**Kulturelle Bildung – Ästhetische Bildung – Bildungslandschaften.**
Landesgruppe Hessen in Kooperation mit KulturRegion FrankfurtRheinMain

*19. März 2014 – Schwerin*
**Impulse für die Kulturpolitik in Mecklenburg-Vorpommern**
Regionalgruppe Mecklenburg-Vorpommern

*7. April 2014 – Berlin*
**Das geplante transatlantische Freihandelsabkommen TTIP – eine Bedrohung für die kulturelle Vielfalt Europas?**
Regionalgruppe Berlin-Brandenburg

19. Mai 2014 – Erfurt
**»Ist Kultur messbar? Chancen und Risiken von Evaluationen in der Kultur**
Regionalgruppe Thüringen

*11. Juni 2014 – Hamburg*
**Kulturschlösser oder Freigeister? Möglichkeiten und Grenzen der Teilhabe von Bürgern an Kulturentwicklungsprozessen in Hamburg**
Regionalgruppe Hamburg

11. bis 12. Juni 2014 – Posen (PL)
**Kulturpolitik in Polen und Deutschland nach der Wende 1989. Bestandsaufnahme, Diskurse, Perspektiven**
Kooperation mit Instytut Zachodni

*26. Juni 2014 – Leipzig*
**Street-Art – Interventionen ohne Auftrag**
Regionalgruppe Sachsen / Leipzig

*3. Juli 2014 – Potsdam*
**Was steht zur Wahl? Perspektiven für Brandenburgs Kultur**
Regionalgruppe Berlin-Brandenburg

*4. bis 6. Juli 2014 – Kochel am See*
**Bausteine kommunaler Kulturpolitik**
Kooperation der Landesgruppe Bayern mit der Georg-von-Vollmar-Akademie e.V.

*12. bis 14. September 2014 – Tutzing*
**Kulturwerte – Zur kulturellen Seite der Kreativwirtschaft**
Kooperation der Landesgruppe Bayern mit der Evangelische Akademie Tutzing

*18. bis 19. September 2014 – Hannover*
**Kultur besser fördern – 25 Jahre Projektförderung Fonds Soziokultur e.V.**
Kooperation mit Fonds Soziokultur, Ministerium für Wissenschaft und Kultur des Landes Niedersachsen und LAG Soziokultur Niedersachsen

*23. September 2014 – Kiel*
**Kultur macht mobil – Wie organisiert sich Kultur vor Ort?**
Regionalgruppe Schleswig-Holstein in Kooperation mit dem Kulturforum Schleswig-Holstein und dem Landeskulturverband Schleswig-Holstein

*6. bis 8. Oktober 2014 – Mannheim*
**Heimaten bewegen – 5. Bundesfachkongress Interkultur**
Kooperation mit Kulturamt der Stadt Mannheim, Forum der Kulturen Stuttgart e.V. und Initiativkreis Bundesweiter Ratschlag Kulturelle Vielfalt

*24. November 2014 – Erfurt*
**Was ist Ehrenamt im Kulturbereich und was kann es leisten?**
Landesgruppe Thüringen

*1. Dezember 2014 – Leipzig*
**Vision und Strategie – Kulturpolitische Konzepte in sächsischen Kommunen**
Regionalgruppe Sachsen / Leipzig

Das *Institut für Kulturpolitik* der *Kulturpolitischen Gesellschaft e.V.* ist eine interdisziplinär arbeitende Einrichtung an der Schnittstelle von kulturpolitischer Praxis und kulturtheoretischer Forschung. Es soll das Spannungsverhältnis zwischen praktischem Alltagshandeln und oft praxisferner Wissenschaft überbrücken helfen und dazu beitragen, Kulturpolitik theoretisch zu fundieren und die Akteure in diesem Feld zu qualifizieren. Es arbeitet im engen inhaltlichen, organisatorischen und personellen Zusammenhang mit der *Kulturpolitischen Gesellschaft e.V.*

**Leistungen des Instituts**

- Bearbeitung von Forschungs- und Beratungsaufträgen zu kulturpolitischen Fragestellungen und eigenständige wissenschaftliche Untersuchungen zu zentralen Problemen der Kulturpolitik;
- Entwicklung und Betrieb eines *Fachinformationssystems Kulturpolitik* als Serviceleistung für Kulturwissenschaft und -politik sowie die kulturelle Praxis;
- Beratung bei Planung, Durchführung und Evaluation kulturpolitischer Entscheidungen auf kommunaler, Landes- und Bundesebene;
- Sammlung und Dokumentation von Materialien und Aktivitäten im Bereich der Kulturpolitik und angrenzender Felder;
- Durchführung von nationalen und internationalen kulturpolitischen und -wissenschaftlichen Kongressen, Fachtagungen und Kolloquien.